

THEMEN DER RECHTEN – THEMEN DER MITTE

- Rechtsextreme
- Einflüsse auf
- Debatten zu
- Migration,
- Integration und
- multikulturellem
- Zusammenleben

**Medienexpertise im Auftrag der
Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)**

verfasst von

**Prof. Dr. Christoph Butterwegge
und Alexander Häusler**

Abteilung für Politikwissenschaft am Seminar für
Sozialwissenschaften der Universität zu Köln

Januar 2001



Inhalt

Einleitung

- 1. Multikulturalismus-Kritik
der extremen Rechten** 5
 - 1.1 Rechtsextreme Propaganda gegen
Zuwanderung und
multikulturelle Gesellschaft 5
 - 1.2 Fließende Übergänge zur „Mitte“
in der Multikulturalismus-Kritik:
Das Beispiel
„Junge Freiheit“ (JF) 8
 - 1.3 Ethnonationalismus, das
„aussterbende Volk“ und Geburten-
förderung als Mittel deutscher
Familien- bzw. Bevölkerungs-
politik 15

- 2. Rechtsextremismus,
Rassismus und die
gesellschaftliche „Mitte“** 17
 - 2.1 Rückwirkungen des Rechts-
extremismus auf die
politische Kultur 17
 - 2.2 Diskurse der etablierten Politik . . . 19
 - 2.3 Diskurse in etablierten Medien . . . 25

- 3. Fazit** 29

- 4. Literatur** 32

Impressum:
**Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migranten-
vertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)**
Helmholtzstraße 28,
40215 Düsseldorf

Telefon 0211/99 416-0
Fax 0211/99 41615

**Die Landesarbeitsgemeinschaft der kom-
munalen Migrantenvertretungen Nordrhein-
Westfalen (LAGA NRW) wird mit Mitteln
des Ministeriums für Arbeit und Soziales,
Qualifikation und Technologie gefördert.**

Einleitung

Den entscheidenden Anstoß für eine Expertise über Wirkungsweisen und Anknüpfungspunkte rechtsextremer Agitation gab die momentane Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Ausgelöst durch den Bombenanschlag auf (jüdische) Aussiedler/innen am 27. Juli 2000 in Düsseldorf wurde erstmals seit Jahren wieder breit über die Gefahren rechtsextremen Wirkens in der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. Eine solche Diskussion ist jedoch nicht frei von widersprüchlichen Deutungen, Verkürzungen und politischen Instrumentalisierungen.¹ Im Vordergrund der öffentlichen Debatte stehen Themenkomplexe wie „Jugendgewalt“, fremdenfeindliche Übergriffe und Hetzjagden, antisemitische Vorfälle (z.B. Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogen) oder die Forderung nach einem Verbot der NPD. Weitgehend unberücksichtigt bleiben aufgrund solcher inhaltlicher Verengungen des Problems die strukturellen Rahmenbedingungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus. Die gesellschaftlichen (Macht- bzw. Herrschafts-) Verhältnisse müssen viel mehr Aufmerksamkeit finden, wenn man ergründen will, woraus Ideologien der Ungleichheit, Ausgrenzungsmechanismen und Diskriminierungspraktiken erwachsen.

In der Fachdiskussion setzt sich zunehmend die Einschätzung durch, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus bzw. rechtsextreme Tendenzen, wie sie im vereinten Deutschland feststellbar waren und sind, nicht losgelöst von Diskursen aus der Mitte des gesellschaftlichen Geschehens bewert

tet werden können.² Exemplarisch sei hier Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, zitiert, dass Rechtsextremismus „aus der Mitte der Gesellschaft“ heraus entstehe.³ Auf die seit dem Sommer 2000 vor allem in den Medien geführte Debatte gemünzt konstatiert Heitmeyer: „Die aktuelle Diskussion ist defensiv und hechelt den rechtsextremen Gruppen hinterher. Man setzt am Ende der Entwicklungsprozesse von menschenfeindlichen Einstellungen an, die in die Wählerschaften der demokratischen Parteien hineinragen und auf die man bei knappen Wahlergebnissen angewiesen ist.“⁴

Eine monokausale Reduzierung rechtsextremer Erscheinungen auf verfassungsrechtliche, jugend- oder gewaltspezifische Aspekte engt den Blick auf sichtbare Phänomene ein und verhindert analytische Erkenntnisse in Bezug auf das Ursache-Wirkungs-Verhältnis rechtsextremer Agitation.⁵

Eine damit übereinstimmende Zurückweisung von Verharmlosungsbemühungen und Beruhigungsversuchen enthalten vereinzelt auch die Stellungnahmen politischer Entscheidungsträger/innen. So wandte sich Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen, im Rahmen der aktuellen Debatte prononciert gegen eine Beschränkung der Kritik auf gesellschaftliche Randgruppen wie Skinheads, „Faschos“ und Neonazi-Organisationen: „Rechtsextremismus kommt vielmehr aus der Mitte der Gesellschaft.“⁶

Rechtsextreme Propaganda entsteht nicht im luftleeren Raum, knüpft vielmehr an Vorurteile und rassistische Einstellungen in der Bevölkerung an. Laut einer Studie der beiden Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer und Richard Stöss über rechtsextreme Einstellungen in Berlin und Brandenburg ist der Anteil von Menschen mit rechtsextremen Positionen zwischen 1998 und 2000 um etwa 10 Prozent gestiegen.⁷ Unter den als rechtsextrem eingestuften Befragten stimmen laut Erhebung zwischen 16 Prozent (Berlin) und 18 Prozent (Brandenburg) dem Satz „Anschläge auf Asylbewerberheime kann ich gut verstehen“ zu.⁸

Auch eine breit angelegte Repräsentativerhebung, die das Münchener Institut polis im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführte, belegt eindeutig, dass Rechtsextremismus beileibe kein Unterschichtphänomen ist. „Und erst recht sind die autoritären Einstellungen dahinter ein Problem der bürgerlichen Mitte geblieben, die sich bereitwillig zur staatlichen Protestkundgebung gegen den Rechtsextremismus versammelt, die NPD verbieten möchte, mit dem Finger auf ein paar Außenseiter am Rande zeigt und guten Gewissens unverändert die Reflexion über ihre eigenen Widersprüche, Ängste und Ressentiments abwehrt.“⁹

Wellen rassistisch motivierter Gewalt und rechtsextremer Anschläge stehen im Kontext der öffentlichen Diskussionen um (Möglichkeiten bzw. Grenzen der) Zuwanderung und (Probleme der) Asylpolitik in Deutschland. Rechte Straftäter können sich – teilweise durchaus begründet – als mutige Vollstrecker eines breit bekundeten „Volkswillens“ fühlen, was durch entspre-

chende Stellungnahmen prominenter Politiker unterstrichen wird.

In der Debatte um die Änderung des Asylrechts 1992 begründete beispielsweise der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl die angebliche Notwendigkeit zur Einschränkung des Asylrechts mit einem „Staatsnotstand“. In demselben Zusammenhang zeigten Personen des öffentlichen Lebens ein gewisses Verständnis für die zeitgleich stattfindenden pogromartigen Übergriffe gegenüber Asylbewerber(inne)n in Rostock-Lichtenhagen oder suchten sie zu entschuldigen. So äußerte der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite, in Reaktion auf jene Eskalation der Gewalt: „Dass das natürlich umschwappt, wenn man in der Menge ist, dafür habe ich auch Verständnis.“ Weiter erklärte der CDU-Politiker: „Sehen Sie, es muss Schluss sein, dass wir am Finger rumoperieren, sondern der Körper ist krank mit dem Problem Asylaufnahme in Deutschland.“¹⁰ Der damalige bayrische Innenminister (und heutige Ministerpräsident) Edmund Stoiber warnte im Rahmen der Asyldebatte gar im Jargon der extremen Rechten vor einer „Durchrassung der Gesellschaft“.¹¹

NPD, DVU oder REPublikaner, die mit Parolen wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ oder „Ausländer-Stopp“ offen rassistische Stimmungen schüren, konnten sich durch solche öffentlichen Bekundungen bestätigt fühlen. Im hessischen Landtagswahlkampf 1999 und im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf 2000 wurden Fragen der Migration sowie Integration von Zuwanderern in einer Weise zum Thema gemacht, die von rechtsextremen Forderungen und Parolen nur schwer

zu unterscheiden war. Daher stellt sich bei der Erforschung von Ursachen rassistisch motivierter Gewalttaten die Frage nach dem Kausalzusammenhang zwischen rechtsextremer Propaganda und öffentlichen Diskursen inmitten der Gesellschaft.

Die skizzierte Problemstellung bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung. Anhand von Verlautbarungen, Interviews und Kommentaren aus rechtsextremen Publikationen wird analysiert, ob und ggf. in welcher Form solche Kräfte bestimmte Diskussionen oder Diskussionsinhalte aus dem etablierten politischen Gefüge für die eigene Agitation und Propaganda umfunktionieren bzw. initiieren, um damit indirekt Einfluss auf demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Bezugspunkte bilden die Themenfelder „Migration“, „Asyl“, „multikulturelle Gesellschaft“, „demografischer Wandel“ und „Rechtsextremismus“. Hierbei wird methodisch nach den Maßgaben eines selektiven Analyseverfahrens unter Berücksichtigung der verschiedenen Facetten rechtsextremer Organe verfahren und eine begrenzte Anzahl rechtsextremer Aussagen und öffentlicher Interventionen auf die damit verfolgte Intention, Wirkungen und Folgen hin untersucht.¹² Unter sprachanalytischen und diskurstheoretischen Gesichtspunkten werden anhand konkreter Beispiele rechtsextreme und politisch etablierte Argumentationsmuster zu den genannten Themenfeldern miteinander verglichen.¹³ Als Untersuchungsmaterialien und Belegstellen dienen Artikel etablierter Medien sowie Äußerungen führender Repräsentanten des etablierten Parteispektrums zu den erwähnten Themenkomple-

ten. Abschließend wird die Frage aufgeworfen, ob aktuell wahrnehmbare Ansätze für eine selbst proklamierte strategische Option der verschiedenen rechtsextremen Strömungen zur Erlangung „kultureller Hegemonie“ feststellbar sind.¹⁴

1. MULTIKULTURALISMUS-KRITIK DER EXTREMEN RECHTEN

1.1 Rechtsextreme Propaganda gegen Zuwanderung und multi-kulturelle Gesellschaft

Obwohl sich innerhalb der extremen Rechten auch zunehmend neue Strömungen abzeichnen, die man als „*standortnationalistisch*“ bezeichnen kann,¹⁵ bildet der *völkische* bzw. *Ethnonationalismus* mit rassistischer Stoßrichtung, welcher die Verherrlichung der „deutschen Volksgemeinschaft“ aus einer Ablehnung alles/aller „Fremden“ herleitet, nach wie vor ein Schlüsselement ultrarechter Ideologie und das strategische Bindeglied zwischen unterschiedlichen Schattierungen des Rechtsextremismus. Mit unterschiedlicher Akzentuierung findet sich ein solcher Nationalismus in sämtlichen rechtsextremen Medien.

Die Bandbreite ultrarechter Medien ist groß und spiegelt den Organisationsgrad rechtsextremer Strömungen in der Bundesrepublik wider. Neben diversen Partei- und Organisationsmedien existieren strömungsübergreifende Publikationen, die weit über die jeweilige Anhängerschaft hinaus greifen. Mit Überschriften wie „Immer mehr Türken? Massenzustrom durch EU-Beitritt Ankaras“¹⁶ oder „Wird Deutschland

Türken-Kolonie?“¹⁷ schürt beispielsweise die *National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung* regelmäßig das Bedrohungsszenario eines „überfremdeten Deutschland“. Die *National-Zeitung* hat als Verlautbarungsorgan der Deutschen Volksunion (DVU) die höchste Auflage rechtsextremer Publikationen in Deutschland. Im Stile eines Boulevardblatts verbreitet sie platten, plakativen Rassismus, der Migrant(innen) zum Feindbild aufbaut. Aktuelle Diskurse über Zuwanderung werden dabei aufgegriffen und verschwörungstheoretisch zugespitzt. Suggestive Schlagzeilen wie „Übernehmen Ausländer Deutschland? Ein Volk auf dem Rückzug“¹⁸ beinhalten Feindstilisierungen und indirekt die Aufforderung zur rassistischen Mobilisierung gegen Flüchtlinge und Arbeitsmigrant(inn)en.

Dieselbe Stoßrichtung verfolgt die *Deutsche Stimme*, das Organ der NPD, wo es heißt:

„Wir Nationaldemokraten stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht.“¹⁹

Ein solches Menschenbild entpuppt sich bei genauerem Lesen als Aufruf zur Durchsetzung einer Gesellschaftsordnung nach NS-Vorbild: „Doch bevor wir aus der multikulturellen Gesellschaftsordnung der BRD eine neue nationale Volksgemeinschaft schmieden können, müssen wir die Gemeinschaftskräfte aller der Zukunft zugewandten nationalen Einzelpersonen, Grüppchen, Miniparteien und Gruppen auf eine Partei konzentrieren.“²⁰

In neonazistischen Szene-Zeitschriften wie dem Zentralorgan werden „Argumente“ gegen die multikulturelle Gesellschaft zu Kampfparolen wie „Gemeinsam gegen die Oneworld-Mafia! Parole: Nationalismus – Freiheit der Völker!“ ausformuliert.²¹ *Wille und Weg*, eine weitere Zeitschrift des neonazistischen Spektrums, hat dem Thema „multikulturelle Gesellschaft“ eine ganze Artikelserie gewidmet. Dort heißt es: „Menschenbilder spielen beim Entwurf einer politischen Konzeption eine wichtige Rolle. Dies gilt natürlich auch für die multikulturelle Gesellschaft. Nur bei Zugrundelegung bestimmter Annahmen bezüglich des menschlichen Verhaltens läßt sich die Masseneinwanderung von Ausländern rechtfertigen. Diese Annahmen entspringen allesamt dem Liberalismus, einer Theorie, die zu einer Zeit erstellt wurde, zu der über den Menschen und sein Verhalten – bezogen auf die heutige Zeit – so gut wie kein fundiertes wissenschaftliches Wissen existierte. Sein Menschenbild kann daher nur äußerst hypothetisch sein. Diesem Menschenbild soll das biologische (lebensrichtige) Menschenbild gegenübergestellt werden, welches Grundlage der aktuellen Nationalismustheorien ist.“²² Was als „aktuelle Nationalismustheorie“ firmiert, sind Versatzstücke des ethnozentristischen Weltbildes der sog. Neuen Rechten, das sich mit biologistischen und kulturalistischen Argumenten gegen den menschlichen Universalismus sowie das Gleichheitsprinzip richtet.²³

Publikationen der sog. Neuen Rechten erfüllen eine Pionierfunktion im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Konzept einer multikulturellen Gesellschaft. Neurechte Vordenker wie Henning Eich-

berg traten schon Ende der 70er-Jahre mit der Kampfansage „Ethnopluralismus gegen Universalismus“ in Erscheinung.²⁴ Anstelle des menschlichen Universalismus wird das Nebeneinander ethnisch homogener Gesellschaften gesetzt. „Wer von den Völkern nicht sprechen will, soll von den Menschen schweigen“, so Eichberg.²⁵ Die Absage an das menschliche Gleichheitsprinzip wirkt identitätsstiftend für sämtliche Strömungen der extremen Rechten; die Ethnisierung sozialer und gesellschaftlicher Konflikte bildet das Mittel zur Durchsetzung rassistischer Gesellschaftskonzepte.

Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft gilt der extremen Rechten als Sinnbild für die Zersetzung des von ihr vertretenen völkischen Nationalismus. In der ältesten rechtsextremen Zeitschrift der Bundesrepublik, *Nation und Europa*, erschien schon 1993 unter dem Slogan „Multikulti – Eine Utopie zerbricht!“ ein Kommentar, der dieses Feindbild versinnbildlicht: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der multikulturellen Gesellschaft. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Allianz zu seinen Gunsten verbündet, Gewerkschaften, Medien, Parteien, französische Intellektuelle und deutsche ‚Antifaschisten‘.“²⁶ Die berühmte Eingangsformulierung des kommunistischen Manifests aufgreifend, setzt man Kommunismus und multikulturelle Gesellschaft gleich, der die „Idee vom ethnisch, kulturell und historisch definierten Staatsvolk“ entgegengestellt wird.²⁷

Die rechtsextreme Hetze gegen die multikulturelle Gesellschaft zeigte Wirkung in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Genüsslich werden mittlerweile in ei-

ner eigens eingerichteten Rubrik von *Nation und Europa* unter dem Titel „Aktuelles aus Multikultopia“ unkommentiert Artikel aus der bürgerlichen Presse zitiert, die sich um die Themen „Ausländerkriminalität“ oder „Überfremdung“ drehen.²⁸ Die extreme Rechte hat mit ihren Kampagnen gegen „Ausländer“ selektiven Zuspruch von Vertreter(inne)n des etablierten Politikbetriebs und in renommierten Medien erhalten. Argumentationsmuster des völkischen Nationalismus, rassistische Stereotype und ethnisierende Zuschreibungen von gesellschaftlichem Konfliktpotenzial durchziehen inzwischen die dominanten Diskurse.

Freilich hat diese Tatsache nicht zu einer generellen Auflagensteigerung und einer stärkeren Verbreitung rechtsextremer Medien geführt. Einigen Medien der extremen Rechten gelingt jedoch zunehmend die schleichende Anknüpfung an den etablierten Mediendiskurs. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die *Junge Freiheit* (JF). 1986 gegründet und 1994 als Wochenzeitung gestartet, präsentiert sich die JF als strömungsübergreifendes Medium für die extreme Rechte, das zum Teil erfolgreich den Anschluss an konservative Kreise sucht.²⁹ Neben bekannten Persönlichkeiten des rechtsextremen Lagers aus der Bundesrepublik und dem Ausland konnten nicht nur nationalkonservative Politiker der CDU/CSU, wie beispielsweise der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer, als wiederkehrende Autoren und Interviewpartner gewonnen werden. Das politische Spektrum der Interviewpartner reicht mittlerweile bis weit in die politische „Mitte“ der Gesellschaft hinein. Die JF verfährt dabei nach der sog. Querfrontstrategie, indem sie Interviewpartner/in-

nen aus dem bürgerlichen bis hinein in das linke Lager präsentiert, um aus dem Dunstkreis des Rechtsextremismus heraustreten zu können.

Inhaltlich bewegt sich die JF im Grenzbereich zwischen radikalisierten neokonservativen und rechtsextremen Positionen. Sie versucht, völkische und neofaschistische Positionen in nationalliberalen und konservativen Kreisen zu etablieren. Bei ihrem Widerstand gegen die Beobachtung durch das nordrhein-westfälische Landesamt für Verfassungsschutz erhält die JF vereinzelt Unterstützung von etablierten Funktionsträgern wie dem früheren Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, einem Vertreter des nationalliberalen Flügels der FDP.³⁰ Diese juristische Auseinandersetzung ist insofern bemerkenswert, als sie das Problem einer klaren Abgrenzung zwischen nationalkonservativen von den Verfassungsschutzorganen als rechtsextremistisch definierten Positionen stellt. Real sind diese Grenzen in den Positionierungen der JF fließend.

Um diese fließenden Übergänge differenter politischer Strömungen in einen völkischen Nationalismus zu verdeutlichen, nehmen wir nachfolgend einen inhaltlichen Vergleich unterschiedlicher Stellungnahmen in der JF zu den Themen „Zuwanderung“ und „Multikulturalismus“ vor.

1.2 Fließende Übergänge zur „Mitte“ in der Multikulturalismuskritik: das Beispiel „Junge Freiheit“ (JF)

Die inhaltliche Überschneidung konservativer, nationalistischer und rechtsextremer

Diskurse ist an den aktuellen Debatten um Zuwanderung, Multikulturalismus und Integration erkennbar. Im Herbst des Jahres 2000 erneut angeregt durch die von der CDU entfachte Debatte zur „deutschen Leitkultur“, entfaltete sich eine öffentliche Auseinandersetzung um die „deutsche Identität“ sowie um die „Belastungsgrenzen“ multikulturellen Zusammenlebens. Damit wurden die eingangs illustrierten Positionierungen rechtsextremer Medien gegen Multikulturalismus und Zuwanderung inhaltlich zum Gegenstand etablierter öffentlicher Diskurse. Jene Debatte um das Wesen einer deutschen Leitkultur eröffnete der extremen Rechten die Möglichkeit, sich über Aufmärsche und öffentliche Bekundungen als Vorreiter für den „Erhalt deutscher Interessen“ darzustellen und völkisch-nationalistischen Positionierungen eine breitere Akzeptanz zu verleihen.

Die real vollzogene Überschneidung von konservativen mit rechtsextremen Positionierungen kann als strategischer Teilerfolg rechtsintellektueller Intervention in die bürgerliche Öffentlichkeit gewertet werden. Sie soll anhand von Positionierungen zur sog. Leitkultur sowie zum Thema „Zuwanderung“ in der JF verdeutlicht werden. Die JF greift die breit geführte Auseinandersetzung über „Zuwanderung“ sowie um eine „deutsche Leitkultur“ auf und positioniert sich dabei selbst offen im völkisch-nationalistischen Lager der extremen Rechten, was in den eigenen Kommentaren der Zeitung deutlich zum Ausdruck kommt. Unter der Fragestellung „Was ist deutsch?“ erhebt beispielsweise der JF-Autor Michael Wiesberg die „Frage nach der Zuwanderung“ zum „Schicksalsthema für die Zukunft der Deutschen“. Nach Ansicht

des JF-Autors muss diese Frage „zum zentralen Thema in Deutschland“ gemacht werden, weil zur Diskussion stehe, „ob die Deutschen in der völkerzerstörenden Nacht des ethnischen Todes verschwinden und in eine multirassische Gesellschaft einmünden, oder ob sich wenigstens noch ein Teil jener Substanz retten lässt, die mit einigem Wohlwollen als deutsche Zivilisation und Kultur identifiziert werden kann.“³¹

Solche Stellungnahmen weisen sämtliche Merkmale eines völkisch-rassistischen Weltbildes auf. Durch die Unterscheidung zwischen einem völkisch hergeleiteten „Deutschsein“ und einer als „multirassisch“ definierten Gesellschaft greift der Autor auf den Jargon nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik zurück und entwirft mit seiner Horrorvision vom „ethnischen Tod“ der nach dem Blutsrecht als Gemeinschaft definierten „Deutschen“ ein völkisches Untergangsszenario.

Der JF-Autor Claus M. Wolfschlag versucht sich in der „Feindbestimmung“ für den beschworenen Untergang: „Seit der Regierungsübernahme durch Gerhard Schröder wird das Projekt ‚multikulturelle Gesellschaft‘, also im Grunde die schrittweise Marginalisierung einer sich als ‚deutsch‘ verstehenden Bevölkerungsmehrheit in Deutschland, offen propagiert. (...) In einer ‚multikulturellen Gesellschaft‘, in der das Fremde positiv besetzt wird, also nicht als Sündenbock herhalten kann, kann sich die Repression nur gegen den Einheimischen wenden, der sich ängstlich Gedanken um den Erhalt seiner Heimat macht.“³² Hier wird das alte Bild von den Linken als „Vaterlandsverrättern“ geschürt und zugleich xenophobe Ressentiments für legitim erklärt.

JF-Chefredakteur Dieter Stein dagegen nutzt die Leitkultur-Debatte, um das zentrale Thema der extremen Rechten zu besetzen: „Es geht nämlich um die nationale Frage.“ Stein knüpft mit seinem Querverweis auf den Internationalismus der Linken zur Zeit des Faschismus gleichfalls an die Parole vom „Vaterlandsverrat“ an: „Diese internationale Kollaboration wirkt bis heute nach.“ Zwar geht die Leitkultur-Debatte der CDU laut Stein in die richtige Richtung. Allerdings sei „offen, ob sie den Schwung, der in dieser Debatte liegt, ernsthaft nutzt und die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und damit die Zuwanderung aus rein wirtschaftlichen Gründen, die nicht im Interesse Deutschlands liegt, offensiv thematisiert.“³³

Das Grundrecht auf Asyl wird nicht im Kontext der deutschen Geschichte als verpflichtendes Menschenrecht, vielmehr demagogisch als Mittel für „wirtschaftliche Zuwanderung“ begriffen. Die CDU kritisiert Stein von Rechts mit dem Argument, sie sei „zu einer konsequenten Ausländerpolitik und einer mutigen Formulierung der Sorgen der Bevölkerung gar nicht entschlossen“.³⁴ Die JF sieht sich dabei im Einklang mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung, die genug an und von Ausländern habe. Die vorherrschende Integrationspolitik sei den Deutschen von der „politische(n) Klasse“ aufoktroiert worden, verkündet JF-Redakteur Klaus Hornung: „Tag für Tag versuchen diese Establishments der breiten Bevölkerung Schuld- und Minderwertigkeitsgefühle, ihren eigenen nationalen Selbsthaß einzupflanzen. Angesichts dieser welteinmaligen deutschen Identitäts- und Traditionsvergessenheit können Begriffe und Programme wie Leitkultur

und Integration wenig beruhigen. Ja, man hat den Eindruck, daß sie bei dem Unternehmen zur deutschen Selbstabschaffung vor allem den Zweck haben, die deutsche Bevölkerung zu beruhigen und zum Stillhalten zu veranlassen.³⁵ Hier wird das rechtsextreme Bild vom „Ausverkauf deutscher Interessen“ gezeichnet und zugleich mit der Kritik am „Stillhalten“ bei der angeblichen „deutschen Selbstabschaffung“ zum völkischen Widerstand gedrängt.

Die von JF-Redakteuren zum Thema „Zuwanderung“ bzw. „Leitkultur“ verfassten Kommentare lassen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild erkennen. Wie zur Bekräftigung dieser Einschätzung wird eine Rede des österreichischen Vorbildes der extremen Rechten, Jörg Haider (FPÖ), zum Thema „Heimat“ abgedruckt, in welcher der Landeshauptmann von Kärnten „Nein zu einem multikulturellen Einheitsbrei“ sagt.³⁶ Die Rolle der JF als Sprachrohr der extremen Rechten ist eindeutig. Zugleich wird in der Diskussion um Zuwanderung und Integration der Brückenschlag zum bürgerlichen Lager vollzogen. So dokumentiert die JF Auszüge aus einem Arbeitspapier für die Zuwanderungskommission der CDU, in dem es heißt: „Multikulturalismus und Parallelgesellschaften sind kein Zukunftsmodell“.³⁷

Auch bemüht die JF bekannte Persönlichkeiten vom rechten Rand der Union, um die ideologische Trennlinie zwischen rechtsextremen und nationalkonservativen Positionen zu verwischen. Ein JF-Beitrag von Heinrich Lummer über die doppelte Staatsbürgerschaft bestätigt das gelungene Manöver. Lummer vertritt dort die Ansicht, durch Einwanderung sei „immer wieder versucht worden, ein Land zu populie-

ren, das heißt sich überhaupt eine Bevölkerung zu schaffen oder durch Vertreibung die nicht gewünschte Bevölkerung loszuwerden. (...) So schafft man Schritt um Schritt ein neues Volk. Aber dieses neue Volk wird immer weniger deutsch sein. Tatsächlich wirft das beabsichtigte neue Ausländerrecht die Grundfrage nach der deutschen Identität auf. Das Volk als Souverän und die Nation als Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft wird durch die beabsichtigte Politik in Frage gestellt.“

Das prominente CDU-Mitglied Lummer nimmt Bezug auf den völkischen Nationalismus der sog. Neuen Rechten, um anschließend in den Jargon rechtsextremer Straßenparolen abzugleiten: „Deutschland soll den Deutschen genommen werden. Ob man das Landnahme, Überfremdung oder Unterwanderung nennt, tut nichts zur Sache. Das Phänomen des Nationalmasochismus ist nicht neu.“ Zur Unterfütterung seiner Stammtischparolen erklärt der Autor die rassistischen Aktivitäten des früheren RAF-Unterstützers und heutigen NPD-Mitglieds Horst Mahler zum Vorbild: „Horst Mahler verfaßte jüngst einen leidenschaftlichen Appell, der das Ziel hat, das deutsche Volk vor der Auflösung zu bewahren.“³⁸ Heinrich Lummers Beitrag weist eine deutliche Affinität zu rechtsextremen Positionen auf.

Er deckt sich weitgehend mit Stellungnahmen des DVU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey oder des früheren REPublikaner-Vorsitzenden Franz Schönhuber. Dies hindert jedoch andere CDU-Mitglieder nicht daran, sich der JF für Interviews zur Verfügung zu stellen. So gelingt der JF ein inhaltlicher Einbruch in den Diskurs des konservativen Lagers.

Der Landesvorsitzende der Jungen Union in Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, bekundete in einem Interview mit der JF: „Ich fand es (...) sehr erfrischend und sehr gut, daß unser neuer Generalsekretär Laurenz Meyer auf die Frage des Focus: ‚Sind Sie stolz, ein Deutscher zu sein?‘ geantwortet hat: ‚Ja, ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.‘ Dies kann ich für mich auch nur unterstreichen.(...) Es ist eine Frage der Identität.“³⁹ Auf die Bitte des JF-Redakteurs nach Bewertung der „Kinder statt Inder“-Wahlkampagne des CDU-Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers sagt Wüst: „Ich glaube, der Zusammenhang, den er mit dem Slogan ‚Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung‘ aufgezeigt hat, trifft durchaus zu. Daraus ergibt sich: Mehr Ausbildung ist immer der erste Schritt. Mehr Zuwanderung wegen der zurückgehenden Bevölkerungszahl – oft auch als bloßes Argument für Einwanderung mißbraucht – kann immer nur der zweite Schritt sein. (...) Es muß in die Köpfe rein, daß wir junge Menschen selber wieder Kinder bekommen.“⁴⁰

Das Bekenntnis des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden der Jungen Union zum deutschen Nationalstolz korrespondiert mit einer völkischen Herleitung der Staatsangehörigkeit. Durch ethnisierende Trennungen zwischen „uns“, also den „angestammten Deutschen“, die mehr Kinder zeugen sollten, und „denen“, also Menschen, die einwandern, bezieht sich Wüst auf ein völkisches Staatsverständnis, nach dem Migrant(inn)en unabhängig von ihrem rechtlichen Status immer „Ausländer/innen“ bleiben. Hiermit bezieht der Interviewte eine Position, die im etablierten konservativen Lager mehrheit-

lich verankert ist und sich in den Kampagnen der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft bzw. die „GreenCard“-Initiative der Bundesregierung sowie in der Debatte um eine „deutsche Leitkultur“ Bahn brach.

Zur Auseinandersetzung um die Einbürgerung nahm der CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Zeitlmann in einem JF-Interview Stellung. Er verneinte die Frage, ob das in Deutschland immer gültige Abstammungsrecht überholt sei, mit der Begründung: „Das Abstammungsrecht ist eine Errungenschaft des republikanischen Zeitalters. Früher bestimmte der Fürst, wer in seinem Land leben durfte. Mit dem 19. Jahrhundert und der Überwindung der Kleinstaaterei in Deutschland rückte die Abstammungsfrage ins Zentrum der Nations- und Staatenzugehörigkeit. Es besteht kein Anlaß, dies nun über Bord zu werfen.“⁴¹

So stellt der CSU-Bundestagsabgeordnete die Errungenschaften des republikanischen Zeitalters auf den Kopf. Während andere europäische Länder wie das republikanische Frankreich ihre Nationalitätszugehörigkeit aus dem sog. Bodenrecht (*ius soli*), d.h. der Staatsbürgerschaft für alle auf dem Territorium lebenden Menschen, abgeleitet haben, verfügte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. 1842 die Einführung des sog. Bluts- oder Abstammungsrechts (*ius sanguinis*).⁴² Dieses Abstammungsrecht hat in modifizierter Form bis zum heutigen Tag Gültigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Solche völkischen Deutungen des „Deutschen“ implizierten rassistische Ausgrenzungsmechanismen, die vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart reichen. So ver-

trat beispielsweise der Philosoph Johann Gottlieb Fichte in seinen berühmt gewordenen „Reden an die deutsche Nation“ schon 1808 einen völkischen Nationalismus: „Die ersten, ursprünglichen, und wahrhaft natürlichen Grenzen der Staaten sind ohne Zweifel ihre inneren Grenzen. Ein solches (Volk) kann kein Volk anderer Abkunft und Sprache in sich aufnehmen und sich vermischen wollen, ohne wenigstens fürs erste sich zu verwirren“.⁴³ Während nach republikanischem Staatsverständnis zugewanderte Menschen zum Teil der Nation werden, gelten sie nach den Maßgaben des völkischen Abstammungsrechts als „fremd“ und somit als tendenzielle Bedrohung für das „eigene“ Volk. Was der CSU-Bundestagsabgeordnete Zeitlmann als „modernes“ Staatsrecht darzustellen versucht, ist in der Realität ein argumentativer Bezugspunkt der extremen Rechten in ihrem Kampf gegen „Überfremdung“.

Ein ähnlich problematisches Staatsverständnis ließ Jörg Schönbohm, früher Berliner Innensenator und heute Innenminister des Landes Brandenburg, in einem Interview mit der JF erkennen. Auf die Frage „Sie haben den Begriff der ‚deutschen Leitkultur‘ geprägt. Was verstehen Sie darunter?“ antwortete Schönbohm: „Wenn ich von Integration spreche und davon, wie unsere künftige Gesellschaft aussieht, meine ich, daß Parallelkulturen nicht entstehen dürfen. Die Grundlage unseres heutigen Zusammenlebens ist die deutsche Kultur, so wie sie sich seit Otto dem Großen bis heute entwickelt hat.“⁴⁴ Kultur wird demnach als etwas Homogenes, Statisches betrachtet, das sich gegen Einflüsse von außen schützen muss. Der Hinweis auf die

Gefahr sog. Parallelgesellschaften verdeutlicht diese monokausale Herleitung. Obwohl die Kultur entwickelter Gesellschaften in der Realität immer ein Resultat aus unterschiedlichen Einflüssen, also dynamisch ist, bemüht die konservative genauso wie die extreme Rechte fortwährend das Bild vom Kulturverfall im Kontext von Zuwanderung, ohne den Kampfbegriff einer „deutschen Leitkultur“ überhaupt schlüssig herleiten zu können. Das propagierte Engagement für den Erhalt einer solchen Leitkultur gerät somit zum Kampf gegen Integration und multikulturelles Zusammenleben.

In einem weiteren JF-Interview kommt diese Transformation sprachlich zum Ausdruck. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann rechtfertigt darin die Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft mit den Worten: „Als Mann mit Basisnähe habe ich von vornherein gesagt, diese Unterschriftenaktion ist der Zündsatz zu unserem Sieg. (...) Die nationale Karte, vernünftig und moderat gespielt, hat gestochen und den Sieg gebracht. (...) Und besonders wichtig: Der normale Deutsche macht nicht den langen Weg an den rechten Rand, weil er sich dicht bei der Mitte schon gut aufgehoben fühlte.“⁴⁵ Im Rahmen der Stellungnahme in einer Zeitung der extremen Rechten, die keinerlei Distanzierung von deren sonstigen Verlautbarungen zu diesem Thema erkennen lässt, verschwimmen die Grenzen zwischen nationalkonservativen und rechtsextremen Positionen. In metaphorischen Wendungen wie der „nationalen Karte“ als „Zündsatz zum Sieg“ vermischt sich der christdemokratische Wahlkampfjargon mit dem rechtsextremer

Kampfparolen. „Die CDU und die Wähler haben den Schmutzkübeln und ‚Maschinenpistolen‘ der ‚Meinungssoldaten‘ standgehalten“, so der Interviewte weiter. Die rassistische Wahlkampagne der CDU wird mit militärischen Kampfbegriffen verteidigt, die an faschistische Brandreden erinnern.

Hohmann greift mit solchen Begriffen zugleich in zugespitzter Form auf Formulierungen des Schriftstellers Martin Walser zurück. Jener hatte 1998 in seiner Friedenspreis-Rede in der Frankfurter Paulskirche von „Meinungssoldaten“ gesprochen, die „mit vorgehaltener Moralpistole“ Anderen ihre Meinung aufdrängten.⁴⁶ Statt einer Auseinandersetzung mit Gehalt und gesellschaftlichen Folgen einer solchen Kampagne nimmt Hohmann eine nationalistische Abwehrhaltung ein: „Die Bezeichnung ‚ausländerfeindlich‘ hat mit der Realität in Deutschland nichts zu tun. Sie ist eine Beleidigung für das deutsche Volk. Es ist eine Unsinn- und Totschlagvokabel.“⁴⁷ Der CDU-Politiker verneint damit die Existenz rassistischer Hetze, Übergriffe und Morde in der Bundesrepublik. Weiterhin wehrt er die Thematisierung von Rassismus mit Bedrohungsmetaphern ab und verfällt mit Formulierungen wie „Beleidigung am deutschen Volk“ in ein völkisch-nationalistisches Sprachvokabular.

Auch dieses Beispiel dokumentiert, dass sich inhaltliche und sprachliche Überschneidungen zwischen etablierten Politikern und rechtsextremen Propagandisten im Diskurs um Migration und Integration ergeben. Der rechtsextreme Diskurs über die Abwehr von Zuwanderung hat Eingang in das etablierte politische Gefüge gefunden. Äußerungen rechtsextremer Strategie-

gen sind – das zeigen unsere Beispiele – von denen etablierter Politiker teilweise nicht mehr zu unterscheiden.

Die Ausweitung dieser Grau- bzw. Braunzone auf die „Mitte“ des politischen Gefüges soll an weiteren JF-Artikeln zum Thema „Leitkultur“ dargestellt werden. Man hat den ehemaligen nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) für ein Interview gewinnen können, der – ebenso wie die JF – bei der Diskussion um Zuwanderung „Anfänge von Meinungsterror“ zu erkennen glaubte: „Ich kann mich über die gezielte Emotionalisierung und sogar Unaufrichtigkeit in der Diskussion um Zuwanderung nur wundern. Wenn sich etwa jemand – wie ich – dagegen wendet, daß wir grenzenlose Zuwanderung zulassen, dann verwehre ich mich dagegen, ihn als ausländerfeindlich hinzustellen“, bemerkte Farthmann auf die Frage, ob „Zuwanderung“ ein legitimes Wahlkampfthema sei.⁴⁸

Da keine gesellschaftlich relevante Gruppe eine „grenzenlose Zuwanderung“ fordert, ist die Stellungnahme Farthmanns hierzu als irrales Bedrohungsszenario zu werten. Auf die Frage nach seinem Verständnis von „Ausländerfeindlichkeit“ antwortete Farthmann: „Der Begriff ‚ausländerfeindlich‘ hat sich vor allem zu orientieren an den Ausländern, die hier bei uns leben. Denn die haben ja zu ertragen, wenn ihnen hier Fremdenfeindlichkeit entgegenschlägt. Und diese Feindlichkeit in der Bevölkerung können wir nur dann verhindern, wenn wir den Menschen die Angst nehmen vor einer unkontrollierten Zuwanderung: die Angst der Deutschen, etwa vor Konkurrenz um Arbeitsplätze, vor Mißbrauch sozialer Leistungen und auch vor

dem Verlust kultureller Identität.“ Als Fazit seiner von rechten Klischees durchsetzten Ausführungen erhebt Farthmann die Forderung: „Es dürfen nur noch Ausländer zu uns kommen, die wir entweder selbst gerufen haben oder die politisch verfolgt werden und in ihrer Heimat um Leib und Leben fürchten müssen. Alle anderen sollten nicht zugelassen werden, weil wir nicht das Elend der Welt bei uns lösen können.“⁴⁹

Die zitierten Interview-Passagen verdeutlichen, dass Versatzstücke rassistischer Vorurteile und rechtsextremer Argumentationsstränge bis hinein in die Sozialdemokratie reichen. Das interviewte SPD-Mitglied reproduziert eine Vielzahl von rassistischen Klischees und Schuldzuweisungen. Die Zuschreibung von „Ausländerfeindlichkeit“ als Resultat von „grenzenlosem Zustrom“ ist nur eines der sprachlichen Bilder, die – ähnlich den rassistischen Begrifflichkeiten „Asylantenflut“ oder „Überfremdung“ – irrealer Bedrohungsszenarien entwerfen und Rassismus als eine Form legitimer Abwehrhaltung erscheinen lassen. Diese indirekte Legitimierung rassistischer Einstellungen als angeblichem Schutzmechanismus wird verstärkt durch eine pauschalisierende Identifikation der Zuwanderer mit bedrohlichen oder kriminellen Handlungen. Der Hinweis auf die „Angst der Deutschen“ vor „Konkurrenz um Arbeitsplätze“ im Kontext von Zuwanderung unterstellt fälschlicherweise, diese sei ursächlich für Arbeitsplatzverluste. Statt einer Kritik an ökonomischen Umstrukturierungsprozessen und struktureller Arbeitsplatzvernichtung als deren Folgeerscheinung werden Bedrohungsszenarien entworfen, die im rechtsextremen Kontext

ihre Zuspitzung in der Parole „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“ erfahren.

Solche falschen Schuldzuweisungen werden durch den Hinweis auf einen „Mißbrauch sozialer Leistungen“ noch verschärft. Durch die einseitige Verknüpfung von Zuwanderung und „Leistungs-mißbrauch“ verstärkt sich das Klischee vom „ausländischen Schmarotzer“ und wird von den realen Ursachen des Abbaus sozialstaatlicher Errungenschaften durch ein neoliberales Politikmodell abgelenkt. Der Zuspruch zu einer als legitim dargestellten „Angst der Deutschen“ vor einem angeblichen „Verlust kultureller Identität“ im Kontext von Zuwanderung komplettiert die Bedrohungsszenarien, durch welche die rassistische Propaganda der extremen Rechten gekennzeichnet ist. Denn der Verweis auf eine ethnisch homogene Gesellschaft als Voraussetzung „kultureller Identität“ deckt sich mit der neurechten Argumentationsweise. Sätze wie „Wir können nicht das Elend der Welt lösen“ greifen auf bekannte nationalistische Vorurteile zurück, die unterstellen, Ausländer wollten den Deutschen ihren hart erarbeiteten Wohlstand rauben. Tatsächlich wird hierdurch das Ursache-Wirkungs-Verhältnis von kolonialer Ausbeutung und Armut in der sog. Dritten Welt verdreht und ein wesentliches Moment für den überdurchschnittlichen Wohlstand in den kapitalistischen Metropolen ausgeklammert.

Die genannten Beispiele von Äußerungen etablierter Politiker in einem Medium aus der Grauzone zwischen Nationalkonservatismus und Rechtsextremismus belegen den fließenden Übergang vom rechts-extremen Lager in die politische „Mitte“ des politischen Gefüges im öffentlichen

Diskurs um Zuwanderung, Integration und multikulturellem Zusammenleben. Eine Zeitung wie die JF hat in Hinblick auf ihren Verbreitungsgrad zwar nur einen relativ geringen Einfluss auf die öffentliche Meinung. Gleichwohl ist bemerkenswert, dass sie ihrem strategischen Ziel des Eindringens in Diskurse der „Mitte“ näher gekommen ist. Erreicht werden soll eine Aufweichung und Verschiebung etablierter Diskurse nach Rechts, was im Hinblick auf die analysierten Interview-Beispiele durchaus als gelungen bezeichnet werden kann. Mit einem Zitat des neurechten Vordenkers Karlheinz Weißmann offenbarte der JF-Chefredakteur Dieter Stein diese Strategie: „Worauf es ankommt, ist zunächst die Besetzung von Feldern im vopolitischen Raum: Nur eine vitale Subkultur garantiert längerfristig die Durchsetzung eigener Zielvorstellungen.“⁵⁰

Bezogen auf den Umgang mit Migrant(inn)en scheint die Zielvorstellung teilweise schon Wirklichkeit geworden zu sein. Ruft man sich noch einmal das oben zitierte Statement des CDU-Bundestagsabgeordneten Hohmann in Erinnerung, könnte sich allerdings auch eine andere Entwicklung abzeichnen. Hohmann vertrat nämlich die Auffassung, dass sich der „normale Deutsche“ angesichts der CDU-Kampagnen zum Thema Zuwanderung „dicht bei der Mitte schon gut aufgehoben fühlte“. Sollten sich die Parteien „dicht bei der Mitte“ die politischen Anliegen der Rechtsextremen zu Eigen machen, könnten deren Forderungen auch ohne (Wahl) Erfolge rechtsextremer Parteien durchgesetzt werden.

1.3 Ethnonationalismus, das „aussterbende Volk“ und Geburtenförderung als Mittel deutscher Familien- bzw. Bevölkerungspolitik

Mit der Furcht vor „Überfremdung“ durch Menschen anderer „Rasse“, Herkunft oder Kultur korrespondiert die Sorge um Deutschland, seine Zukunft als stärkste Wirtschaftsmacht Europas und das deutsche Volk als größter Ethnie der Alten Welt. Für die extreme Rechte steht Deutschland bzw. das Abendland heute aufgrund der vermehrten Migration im Zeichen der Globalisierung einerseits und seiner „Vergreisung“, d.h. des demografischen Wandels, vor dem Untergang. Unter dem Titel „Die Deutschen – ein sterbendes Volk“ klagt *Nation und Europa*: „Das deutsche Volk ist in seiner biologischen und kulturellen Existenz auf das schwerste bedroht. Der extreme Geburtenrückgang zwischen 1965 und 1975, der seitdem weiter andauert, führte zu Jahrgangsstärken, die zu einem Drittel unter denen der Elterngenerationen liegen. (...) Die Todesspirale unseres Volkes dreht sich in immer schnellerer Folge.“⁵¹

Kassandrarufe, düstere Prognosen bzw. Horrorszenarien demokratischer Politiker und bürgerlicher Presseorgane im Hinblick auf den Niedergang Deutschlands bzw. das Schicksal des deutschen Volkes häufen sich gleichfalls. Teilweise klagen dieselben Kreise, die noch während der Asyldebatte zu Beginn der 90er-Jahre lauthals „Das Boot ist voll!“ gerufen und jede Form der Zuwanderung mit dieser Begründung abgelehnt hatten, in einem menschenleeren Deutschland könne niemand mehr die Renten der alten Leute aufbringen. So be-

handelte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* die politische Kontroverse zur Einwanderung am 23. Oktober 2000 unter der eine Nazi-Parole ins Gegenteil wendenden Überschrift „Raum ohne Volk“.⁵² Und die rheinische Boulevardzeitung *Express* fragte zur selben Zeit im Stil rechts-extremer Gazetten: „Sterben die Deutschen (bald) aus?“⁵³

Nur aus germano-, euro- bzw. ethno-zentrischer Perspektive kann man in der Tatsache, dass hierzulande im Unterschied zu anderen Teilen der Welt nicht mehr, sondern weniger Kinder geboren werden als früher, ein größeres Übel sehen. Neben begrenzter Zuwanderung (möglichst aus dem eigenen oder „benachbarten Kulturkreisen“) wird Geburtenförderung als Mittel favorisiert, das eine weitere Schrumpfung der Population aufhalten oder umkehren soll. Die von Jürgen Rüttgers (CDU) im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf des Jahres 2000 im Zusammenhang mit der geplanten Green-Card-Regelung ausgegebene, seinerzeit von den REPublikanern auf ihre Wahlplakate geschriebene Parole „Kinder statt Inder“ zieht sich wie ein roter Faden durch Diskussionen über eine Wende in der Familien- und eine Rückkehr zur Bevölkerungspolitik.

Unter der Überschrift „Kinder als Schicksal“ verlieh die JF am 14. Januar 2000 ihrer Überzeugung Ausdruck, dass Immigration den Geburtenrückgang nicht stoppen könne: „Massive Zuwanderung zwecks Rentenabsicherung ist zwar originell, aber mit seriösen ökonomischen Argumenten nicht zu begründen. Stattdessen schweigt die politische Klasse zum eigentlichen Thema: wie die Deutschen schlicht

ermutigt werden können, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen.“⁵⁴

Ein halbes Jahr später erschien die liberale ZEIT mit der Titelschlagzeile „Kinder, Kinder!“ Auf dem Höhepunkt der medialen Auseinandersetzung mit dem Rechts-extremismus, dessen Publizistik sich schon seit Jahrzehnten um die Fortexistenz des deutschen Volkes sorgt und eine familienpolitische Großoffensive verlangt, stellte Susanne Mayer in dem besagten Leitartikel verschiedene Überlegungen an, wie die Geburtenrate der Deutschen durch staatliche Maßnahmen zu steigern wären.⁵⁵

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber forderte angesichts der seiner Meinung nach zu niedrigen Geburtenrate eine „nationale Bevölkerungspolitik“, womit er einen durch das NS-Regime diskreditierten Begriff rehabilitierte. Mittels eines monatlichen Familiengeldes in Höhe von 1000 DM pro Kind in den ersten drei Lebensjahren möchte die CSU den Geburtenrückgang, laut Stoiber „eine tickende Zeitbombe für alle sozialen Sicherungssysteme und unsere gesamte Wirtschaft“ stoppen.⁵⁶ Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse (CDA), Hermann-Josef Arentz, beschuldigte die Bundesregierung im Stil rechtsextremer Hetze, ihre Familienpolitik fördere systematisch das Aussterben des deutschen Volkes.⁵⁷

Es ist zu erwarten, dass der Diskurs über den Geburtenrückgang, fehlende (deutsche) Kinder und die Konsequenzen für den „Wirtschaftsstandort D“ bzw. das System der sozialen Sicherung (Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) die öffentliche Meinungsbildung künftig noch stärker beeinflussen wird. Er birgt die Ge-

fahr einer engeren Verquickung bzw. Überlappung rechtsextremer und etablierter Positionen der „Mitte“ in sich. Politiker demokratischer Parteien und bürgerliche Medien liefern zum Teil unbewusst regelrechte Traumvorlagen für Rechtsextremisten, die mit ihren Vorstellungen einer pronatalistischen Familien- und aktiven Bevölkerungspolitik wiederum massiven Druck auf die Etablierten ausüben und das öffentliche Meinungsklima bestimmen.

2. RECHTSEXTREMISMUS, RASSISMUS UND DIE GESELLSCHAFTLICHE „MITTE“

2.1 Rückwirkungen des Rechtsextremismus auf die politische Kultur

Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus sind eine Bedrohung für die demokratische Kultur, nicht nur, weil sie in Gegenwart und Geschichte das direkte Gegenteil dessen verkörpern, was eine humane Gesellschaft ausmacht, sondern auch, weil sie deren Entwicklung negativ beeinflussen. Bei der Auseinandersetzung mit den Theorien über Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-)Gewalt fällt auf, dass es keinen allgemeingültigen Erklärungsansatz, sondern eine Vielzahl von Deutungsmustern gibt, die sich teilweise erheblich widersprechen und wechselseitig ausschließen. Mit wissenschaftlichen Erklärungsmodellen wird Politik gemacht und gesellschaftlicher Richtungsstreit ausgetragen. Rechtsextremismus ist ein Modethema, das regelrechte Konjunkturen und Diskurszyklen kennt, die von seiner Tabuisie-

rung zur Dramatisierung, von seiner Bagatellisierung zur Skandalisierung, von seiner Verdrängung zur Verabsolutierung wechseln. Teilweise gehen Hysterie und Verharmlosung sogar Hand in Hand. Beispielsweise hatte Bundeskanzler Schröder, der im Oktober 2000 öffentlich zum „Aufstand der Anständigen“ gegen den Rechtsextremismus aufrief, dabei nicht zuletzt den „Standort D“ bzw. das „deutsche Image“ im Auge: „Es geht um sehr, sehr viel, was das Ansehen unseres Landes im Ausland angeht.“⁵⁸

Die aufgeregte Debatte erfüllt im Wesentlichen eine Ablenkungs-, Entlastungs- und Legitimationsfunktion: So rückt der Themenkomplex „Jugendgewalt“ die Gewalttätigkeit der Erwachsenen bzw. der von ihnen geprägten Welt („strukturelle Gewalt“) medial in den Hintergrund und breit erhobene Forderungen nach einem „entschlossenen staatlichen Durchgreifen“ gegen die NPD überdecken die notwendige Auseinandersetzung über die strukturellen Ursachen rassistischer Auswüchse. Politische Handlungsdefizite und Versäumnisse wie die lange überfällige Reform des Staatsbürgerschaftsrechts werden mit völkisch-populistischen Kampagnen blockiert und mit Hinweisen auf die „Ängste der Bevölkerung“ wird eine zunehmende Nationalisierung der Politik gerechtfertigt. Den rechtsextremen Intellektuellen, die sich in „Denkfabriken“, Stiftungen und Diskussionszirkeln als sog. Neue Rechte formieren, ist in den 90er-Jahren der inhaltliche Einbruch in den etablierten Diskurs gelungen. Über lose organisierte Netzwerke, Zeitschriftenprojekte, Leserkreise, Herrenrunden sowie Zitier- und Rezensionkartelle wurden und werden inhaltliche Anstöße

gegeben, die bei einem Teil der nationalen Führungskräfte auf Sympathie stoßen und – in popularisierter Form – die gesamte Bevölkerung erreichen.

Ende der 80er-/Anfang der 90er-Jahre gewann die Ethnisierung sozialer Prozesse im politischen Handeln spürbar an Bedeutung. Darunter ist ein sozialer Exklusionsmechanismus zu verstehen, der Minderheiten schafft, diese negativ etikettiert und dadurch Privilegien einer dominanten Mehrheit zementiert. Der zu Hochzeiten des Kalten Krieges verbreiteten Angst vor einer „Unterwanderung“ durch Kommunisten folgte die Angst vor (einer „Überfremdung“ durch) „Asylanten“ und Arbeitsmigrant(inn)en. Wolf-Dietrich Bukow begreift die Ethnisierung als gesellschaftlich inszenierten Vorgang: „Es handelt sich um eine (...) soziogenerative Strategie zur Bereitstellung von gesellschaftlich-praktischen wie politisch-symbolischen Verfügungspotentialen.“⁶⁰

Vordergründig geht es bei der Ethnisierung um die „kulturelle Identität“; dahinter stecken aber meist Konflikte um knappe gesellschaftliche Ressourcen. Jeder Ethnisierungsprozess hat zwei Seiten: Zunächst erfolgt eine Stigmatisierung „der Anderen“; mit der Konstituierung bzw. Konturierung einer nationalen bzw. „Volksgemeinschaft“ sind aber politische und ökonomische Ziele verbunden, die weiter reichen. Auf diese Weise gehen der Neorassismus und der Standortnationalismus eine Symbiose ein. Mit der Ethnisierung sozialer Beziehungen korrespondiert eine „Kulturalisierung“ der Politik, die nicht mehr auf materielle Interessen zurückgeführt, sondern auf die Wahrung kollektiver Identitäten reduziert wird, was zu

einer Entpolitisierung der Konflikte beiträgt. „Die konkurrierenden ‚Standortgemeinschaften‘ machen das Ethnische zur Grundlage einer vorgeblichen ‚Solidarität‘, und die ‚Herausgefallenen‘ werden mittels ethnisch-kultureller Stigmata ausgeschlossen.“⁶¹

Die 1991/92 kampagnenartig zuge-spitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht selbst geschadet, sondern auch die Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik negativ beeinflusst.⁶² Günter Grass sprach mit Blick auf die Asylhysterie vom „Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland“ und von einem „Rechtsrutsch“, welcher als „bundesweite Verlagerung der politischen Mitte“ begriffen werden müsse.⁶³ Der ehemalige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, knüpfte mit seiner Vorstellung der Nation als einer „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“ an Grundüberzeugungen der extremen Rechten an. Schäuble reformulierte die Ziele deutscher Außenpolitik im machstaatlichen Sinne und begreift internationale Handlungsfähigkeit als Voraussetzung der Verwirklichung nationaler Interessen. Gleichzeitig tritt das Soziale hinter dem Nationalen zurück, und Appelle an die nationale Opferbereitschaft paaren sich mit der Klage über „Vollkaskomentalität“ und soziale Nivellierung: „Man muß sich fragen, ob wir, um unsere gegenwärtigen Probleme in den Griff zu bekommen, nicht wieder zu einer weniger ‚durch-egalisierten‘ Gesellschaft finden müssen. Gezielt Eliten zu fördern oder überhaupt erst wieder zu ermöglichen, erscheint mir heute dringlicher denn je.“⁶⁴

2.2 DISKURSE IN DER ETABLIERTEN POLITIK

In den öffentlichen Diskursen um die doppelte Staatsbürgerschaft sowie um Forderungen nach Anpassung der Zugewanderten an eine „deutsche Leitkultur“ kommen ethnisch konstruierte Homogenitätsvorstellungen in weiten Teilen der etablierten Politik zum Ausdruck. Die fest verankerte völkisch-nationalistische Traditionslinie verhindert, dass migrationsbedingte Veränderungen in der Bundesrepublik als gesellschaftliche Herausforderung angenommen werden. In der Abwehr dieser Anforderung manifestiert sich eine Mobilisierung des alten völkischen Mythos einer homogenen deutschen Kulturnation, den Wolf-Dietrich Bukow und Erol Yildiz als „kleinbürgerlich-völkisches Idyll“ bezeichnen.⁶⁵

Diese Wiederbelebung völkischen Denkens spitzte sich in den konservativen Forderungen nach einem Bekenntnis zur „deutschen Leitkultur“ argumentativ zu. Dabei handelte es sich um einen populistischen Nationalismus, der von rechtsextremen Verlautbarungen teilweise nicht mehr zu unterscheiden war. In ihrem einstimmig verabschiedeten Eckpunktepapier zur Zuwanderung nannte die CDU das Bekenntnis zur „Leitkultur in Deutschland“ als Basis ihrer Migrations- und Integrationspolitik. Die Parteivorsitzende Angela Merkel betonte, das Papier sei das „sehr klare Bekenntnis zu unserem Vaterland“, und warf den Sozialdemokraten ein „gestörtes Verhältnis zum Vaterland“ vor; die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft bezeichnete sie in diesem Kontext als „Lebenslüge“.⁶⁶ Die rechtsextremen REPublikaner begrüßten den CDU-Vorstoß und bekann-

ten sich auf ihrem Parteitag am 19. November 2000 gleichfalls zum Begriff der „deutschen Leitkultur“, verbunden mit dem Hinweis, dass so „die schwerwiegenden Probleme der Deutschen“ zum Ausdruck gebracht würden.⁶⁷

Solche schwerwiegenden Probleme mit der gesellschaftlichen Realität in der Bundesrepublik sah auch die bayerische Schwesterpartei der CDU: Trotz gegenläufiger Entwicklungen im Bereich der Migration beharrte Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, auf der Feststellung: „Wir bleiben dabei: Deutschland ist kein Einwanderungsland im klassischen Sinn.“⁶⁸ Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber suchte diesen Widerspruch zwischen Definition und Realität mit folgender Erklärung aufzulösen: „Auch wenn man unkontrollierte Zuwanderung hat, ist man noch lange kein Einwanderungsland.“⁶⁹

Das CSU-Eckpunktepapier zur Zuwanderung erklärt: „Deutschland ist ein welt-offenes und ausländerfreundliches Land. Deutschland ist aber kein klassisches Einwanderungsland und darf dies auch nicht werden.“⁷⁰ Die jahrzehntelang betriebene Zuwanderungspolitik hat die Bundesrepublik zwar faktisch zum Einwanderungsland gemacht; ginge es nach Willen mancher Konservativer, würden die Zugewanderten jedoch in einem weitgehend rechtlosen Status den ökonomischen Anforderungen Genüge tun. Hierbei wird auf ethnische Grenzziehungen rekurriert, die Migranten in den Status von „Fremden“ versetzen.

Hinsichtlich der Kennzeichnung Deutschlands als Einwanderungsland vertreten die REPublikaner dieselbe Ansicht. Sie leiten ihr Bekenntnis zu einer „deutschen Leitkultur“ wie folgt her: „Inzwi-

schen ist die Frage nach der Zuwanderung in Kombination mit der demographischen Fehlentwicklung, vor der wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen, zur Schicksalsfrage für die Deutschen geworden. Definieren wir als Deutsche heute nicht, nach welchen Regeln und in welchem Maße bzw. überhaupt Zuwanderung nach Deutschland stattfinden soll, besteht die Gefahr, daß die Deutschen in Zukunft zur Minderheit im eigenen Lande werden. Deswegen bedarf es jetzt und heute einer Ablösung der Zuwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte. Dazu gehört aus Sicht der Republikaner das klare Bekenntnis, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist und werden kann.“⁷¹

Durch einen solchen Kampf um Definitionsmacht und Durchsetzbarkeit von ethnischen Begrifflichkeiten verschiebt sich der öffentliche Diskurs über den Umgang mit Zuwanderung nach Rechts. Zuwanderung wird zu einem begrifflichen Synonym für Bedrohung oder „Überfremdung“, die man „steuern“, „eingrenzen“ oder gar „stoppen“ muss, um die „eigene Identität“ aufrecht erhalten zu können.

Angesichts völkisch-nationalistischer Kampagnen des konservativen und rechts-extremen Lagers vollziehen auch rot-grüne Regierungskreise einen Schwenk. Zuerst verkündete Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) im November 1998 gegenüber dem Berliner *Tagesspiegel*: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“⁷² Renate Künast, Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, kritisierte die Linke zwei Jahre später in der *taz*, sie habe sich „nicht darum bemüht, auf die Ängste und Sorgen in der Bevölkerung einzugehen“. Weiter

behauptete die Grünen-Politikerin, „Multi-kulti“ sei ein ebenso unklarer Begriff wie jener von der Leitkultur, und forderte eine „Enttabuisierung“ der Debatte. Sie rekurrierte dabei auf dieselben Bedrohungsszenarien, welcher sich auch Rechte in ihrem Kampf gegen „Überfremdung“ bedienen: „Über Einwanderung zu reden heißt: Über die Zukunft Deutschlands zu reden. Da gibt es viel zu besprechen: Gibt es Quoten? Gibt es Kriterienkataloge? Wie viele sollen kommen? Wer entscheidet das? Setzt sich die deutsche Wirtschaft alleine durch? Auch *taz*-Leser und Redakteure haben bestimmte Stadtbezirke verlassen und gesagt: Ich will nicht, daß mein Kind eine Schulklasse besucht, wo 80 Prozent der Kinder kein Deutsch sprechen.“⁷³

Verweise auf die „Sorgen in der Bevölkerung“ signalisieren eine Annäherung an völkisch-nationalistische Diskurse. Denn jene Menschen, die sich Sorgen um den grassierenden Rassismus machen oder gar existenziell von ihm bedroht werden, tauchen in einer solchen ethnischen Zuschreibung von „den“ Bevölkerungängsten gar nicht mehr auf. Statt dessen vollzieht sich quer durch die politischen Lager ein Ringen um die Frage, welche Partei der „Kontrolle“ einer herbeigeredeten „Bedrohung“ besser zum „Wohle der Bevölkerung“ Herr werden kann.

Führende Sozialdemokraten suchen sich in der laufenden Diskussion rechts von den Grünen als zentripetale „Kraft der Mitte“ zu positionieren und verfallen in eine Form des Standortnationalismus, bei der unter nationalökonomischen Gesichtspunkten zwischen „nützlichen und „unnützen“ Migrant(inn)en differenziert wird. „Zuwanderung heißt Auswahl. Gefragt

sind hochqualifizierte Fachkräfte, Wissenschaftler, Studenten“, erklärte der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, in der Diskussion um einen Parteienkompromiss zur Regelung der Zuwanderung. Gleichzeitig grenzte sich Wiefelspütz von den Vertreter(inne)n multikultureller Demokratiekonzepte ab: Jene, so sagte er, „schwelgten in multikulturellen Utopien, blendeten die Probleme im Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern aus und suggerierten, das Leben sei ein dauerndes Ausländerfestival. (...) Wenn Deutschland ein Einwanderungsland ist, dann dürfen wir auch auswählen und bestimmen, wer zu uns kommen darf.“⁷⁴

Aus solchen Stellungnahmen wird ersichtlich, wie sich ökonomische Verwertungsrationalität mit ethnisierenden Vorurteilen amalgamiert. Den rationalen Anforderungen an Zuwanderung für Kapitalverwertungsinteressen wird mit abschätzigen Begrifflichkeiten wie „dauerndes Ausländerfestival“ eine Verneinung multikultureller Realität gegenübergestellt, welche die Zugewanderten in dem niedrigeren Status von „Ausländern“ belässt.

Real existiert die multikulturelle Gesellschaft genauso, wie die Bundesrepublik aufgrund ihrer Zuwanderungspolitik und deren Folgewirkungen faktisch ein Einwanderungsland ist. „Die multikulturelle Gesellschaft ist kein Konzept“, so erläutert Safer Cinar, stellvertretender Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, die ideologiebeladene Diskussion: „Man kann sie weder verordnen noch verbieten, sie setzt sich im Alltag durch. Und auch diejenigen, die meinen, man müsse diesen Begriff bekämpfen, leben heute multikul-

turell. Das Problem ist, dass es jetzt opportunistische Tendenzen gibt, sich von der Idee der multikulturellen Gesellschaft abzusetzen. Dadurch erscheint es so, dass die Konservativen, die immer dagegen gekämpft haben, irgendwie Recht bekommen hätten. Aber die Realität wird multikulturell bleiben, zumindest solange wir hier einen demokratischen Staat haben.“⁷⁵ Ablehnung und Leugnung der multikulturellen Realität sind konstituierender Bestandteil einer Ethnisierungsstrategie, die legitime Ansprüche allochthoner Bevölkerungsgruppen in einem zunehmend aggressiver werdenden gesellschaftlichen Verteilungskampf abwehrt.

In den Positionen der etablierten politischen Lager zum Thema „Zuwanderung“ lassen sich Nuancierungen zwischen völkisch-nationalistischen und standortnationalistischen Argumentationsmustern feststellen. Hiermit verschiebt sich das öffentliche Meinungsbild auf einen ethnisierten Alltagsdiskurs: „So setzt sich langsam eine ‚ethnische Weltanschauung‘ in öffentlichen, wissenschaftlichen und alltäglichen Kommunikationen durch. Jeder weiß inzwischen, was ‚fremd‘ ist, warum man davor Angst haben muss, wie man damit umgeht und weshalb gegen die sog. Ausländer das ‚christlich‘ geprägte Territorium zu verteidigen ist.“⁷⁶

Die fortschreitende Ethnisierung des politischen Alltagsdiskurses sowie die populistischen Manöver gegen die doppelte Staatsbürgerschaft bzw. die GreenCard-Initiative oder die Debatte um eine „deutsche Leitkultur“ lassen die offiziellen Kampagnen gegen den Rechtsextremismus sowie Bündnisse für Demokratie und Toleranz in einem anderen Licht erscheinen.

Denn trotz solcher Kampagnen und staatlicher Repression erhalten die rechtsextremen Strömungen in der Bundesrepublik eine indirekte Bestätigung für ihre politischen Forderungen. Sie können sich als die konsequentesten Verfechter nationaler Interessen profilieren und greifen daher auch affirmativ die Kampagnen der politischen „Mitte“ auf. So druckte beispielsweise die Zeitschrift *Nation und Europa* das CDU-Wahlkampfplakat „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ mit der Bildunterschrift ab: „CDU-Politiker Jürgen Rüttgers gab die richtige Parole aus – doch es war seine Partei, die den Deutschen das Problem der Überfremdung beschert hat.“⁷⁷

Die rechtsextremen Strömungen sehen sich mit ihren Forderungen gesellschaftlich im Aufwind und spitzen die gesellschaftlichen Diskurse auf einen exzessiven Rassismus zu: „Hurra, das Ende der Ausländerfeindlichkeit! Dank dem ‚Doppelpaß‘ geht's jetzt um den Kern der Sache – die Rasse!“ So überschrieb das „*Zentralorgan*“, Szene-Zeitschrift des militanten Neonazismus, im Kontext der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft eine Ausgabe.⁷⁸ Doch es ist nicht nur das konservative Lager, dessen Kampagnen Zustimmung von Rechtsextremisten erhalten. Bei der Niedersachsen-Wahl 1998 beispielsweise rief eine „Interessengemeinschaft Deutschland zuerst“ mit folgender Begründung zur Stimmabgabe für die SPD auf: „Gerhard Schröder steht für die Abschaffung der maßlosen Unterstützung für Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge. Auch wir fordern: Keine Deutsche Mark für Scheinasylanten! (...) Gerhard Schröder sagt: ‚Wer unser Gastrecht mißbraucht, für

den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell!“⁷⁹ Auch wir fordern: Kurzer Prozeß für alle ausländischen Verbrecher! Sofortige Abschiebung aller kriminellen Ausländer!“ Auch die DVU sowie diverse Zeitschriften verkündeten mit Bezugnahme auf jene Äußerungen Schröders gegenüber *Bild am Sonntag* vom 20. Juli 1997 Wahlaufrufe für die SPD.

In den Kommunen hat sich inzwischen vielerorts eine schleichende Form von pragmatischer Übereinkunft in Sachfragen zwischen Rechtsextremen und etablierten Parteien entfaltet. Der Marburger Erziehungswissenschaftler Benno Hafener weist darauf hin, dass es in Hessen häufiger zu einer kommunalen Zusammenarbeit zwischen CDU und REPublikanern komme. In Hanau sei gar der Doppelhaushalt mit REP-Stimmen gegen SPD und Grüne verabschiedet worden.⁸⁰

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch relativiert dagegen die rechtsextreme Gefahr mit den Worten: „Unser Land ist nicht rechtsradikal. Es gibt ein paar hundert Verwirrte, die leider die Schlagzeilen bestimmen. Aber die Republik wankt nicht. Ich halte auch nichts davon, jeden Tag eine Krisenkonferenz abzuhalten. Damit machen wir die braunen Wirmköpfe nur unnötig wichtig.“⁸¹ Solche populistischen Polemiken relativieren nicht nur den Anstieg des rechtsextremen Gefahrenpotenzials, sondern zugleich auch die eigene Mitverantwortung an der gesellschaftlichen Akzeptanz von rechtsextremen Tendenzen. Mit derartigen Relativierungen steht der hessische Ministerpräsident in der CDU nicht allein da.

Als die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt Düsseldorf durch den Bomben-

anschlag auf russische, mehrheitlich jüdische Aussiedler/innen in die Schlagzeilen der Weltpresse geriet, äußerte der CDU-Oberbürgermeister Joachim Erwin vor Journalist(inn)en: „Düsseldorf ist keine braune Stadt. Düsseldorf ist eine ganz bürgerliche Stadt.“⁸² Den politischen Alltag in der Landeshauptstadt prägen dagegen besorgniserregende Entwicklungen. In jener „ganz bürgerlichen Stadt“ sang beispielsweise während der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung eine im Rathaus regelmäßig verkehrende Schar von Rechtsextremen ungehindert die erste Strophe des „Deutschlandliedes“, und die lokale Neonazi-Szene verbreitete Hetzaufrufe gegen Juden als „größten Feinde(n) Deutschlands“.⁸³ Ein Teil des lokalen rechtsextremen Spektrums verkündet offene Sympathie mit der Politik des Oberbürgermeisters. Dieser wird in der lokalen rechtsextremen Postille „Düsseldraht“ als „Super Erwin, (...) der sich durchzusetzen vermag“, bezeichnet. Dies nicht ohne Grund, denn die CDU der Landeshauptstadt hat sich bei Kampfabstimmungen mehrfach auf die Stimme des REPUBLIKANER-Stadtrates gestützt. Damit wurde etwa die Einrichtung von Fixerstuben oder die Präsentation der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ verhindert.⁸⁴

Der Oberbürgermeister macht aus seiner stramm rechten Gesinnung keinen Hehl: Noch am Tag der Kommunalwahl trat er beispielsweise beim „Bund der Vertriebenen“ auf und verkündete im Einvernehmen mit dem Publikum, „wir sollten uns zu den Wurzeln des deutschen Ostens bekennen“.⁸⁵ Dabei offenbarte der CDU-Politiker ein Demokratieverständnis, das Affinitäten zu rechtsextremen Positionen

aufweist: „Ich hoffe, dass auch diejenigen Medien bald ein bisschen weniger Sendezeit bekommen, die uns immer ein schlechtes Gewissen einreden wollen, wenn wir den Begriff Heimat in den Mund nehmen“.⁸⁶

Aktivitäten des Düsseldorfer Oberbürgermeisters stoßen bei Rechtsextremen auch überregional auf Beachtung. So verteidigte die rechtsextreme Wochenzeitung *Junge Freiheit* Erwin gegen die Veröffentlichungen des *Spiegels* und erklärte: „Die 1999 im Düsseldorfer Rathaus in die Opposition geratenen Parteien SPD und Grüne fuhren von Anfang an die Strategie, mit einer unterstellten Nähe zur äußersten Rechten dem politischen Gegner eine Schlinge um den Hals zu legen. Dass sich nun der Spiegel dieser aus der DDR stammenden Antifa-Methode bedient, kommt dem Versuch gleich, die Schlinge um den Hals von Erwin und seiner Partei enger zu ziehen.“⁸⁷

Anhand solcher kommunalen Beispiele lässt sich die Tendenz zur schleichenden Gewöhnung an die Mitwirkung rechtsextremer Mandatsträger und Gruppierungen im politischen Alltagsgeschehen demonstrieren. Ist die Hemmschwelle erst einmal gefallen, bei sog. Sachentscheidungen notfalls auch auf Stimmen von Rechtsextremisten zurückzugreifen, normalisiert sich der Prozess einer Kooperation stufenweise und steigt die gesellschaftliche Akzeptanz einer Mitwirkung solcher Kräfte. Erst einmal als realpolitische Kraft akzeptiert, erscheinen rechtsextreme Abgeordnete im Bild des kommunalpolitischen Geschehens gleich denen anderer Parteien als „Sachkraft“. Damit verschiebt sich die öffentliche Kritik am Rechtsextremismus auf seine

spektakulärsten, außerhalb des „normalen“ Rahmens stehenden Formen bzw. Vorfälle, die von den politischen Gegebenheiten des Kommunalgeschehens wie den gesellschaftlichen Machtstrukturen losgelöst wahrgenommen werden, und beschränkt sich zunehmend auf rassistisch motivierte Gewaltexzesse.

Teilweise weisen sogar Kampagnen „gegen rechte Gewalt“ inhaltliche Übereinstimmungen mit Denkansätzen und Argumentationsketten rechtsextremer Kräfte auf. So wurde in Bergkamen wegen des allgemeinen Medieninteresses auf Einladung des Bürgermeisters Roland Schäfer eine „Konferenz gegen Rechts“ durchgeführt, der sehr problematische Erklärungsansätze zugrunde lagen. Zur Vorbereitung jener Tagung versandte man das Thesenpapier eines Beigeordneten, in dem die angeblichen „Ursachen für Rechtsextremismus und rechte Gewalt“ thematisiert wurden. Seine acht Thesen seien hier auszugsweise zitiert: „1. Das Aufkommen des Rechtsextremismus ist kein deutsches Problem. (...) 2. In den letzten 15 bis 20 Jahren hat der Bund versäumt, eine von einer gesellschaftlichen Mehrheit akzeptierte Regelung der Zuwanderung von Ausländern zu treffen. (...) 3. Erziehungs- und Bildungspolitik haben in Bezug auf eine Festigung eines demokratischen Bewußtseins bei vielen jungen Menschen versagt. (...) 4. Die Dauerarbeitslosigkeit löst bei vielen Menschen ein Gefühl der Perspektivlosigkeit, der Ohnmacht und der gesellschaftlichen Ausgrenzung aus. (...) 5. Die Ausländerfeindlichkeit (...) beruht vielfach auch auf ganz persönlichen Erfahrungen der Deutschen mit Zuwanderern. Es gibt ganz konkrete Beispiele von immer wieder-

kehrenden Regelverstößen durch Ausländer, die die deutsche Bevölkerung nicht mehr zu tolerieren bereit ist. (...) 6. In manchen Städten formiert sich ein von außen gesteuerter Kern von Neonazis. (...) 7. Die Hinwendung vieler Jugendlicher zu der Skinhead-Szene ist auch als Reaktion auf das Verhalten vor allem jugendlicher Türken zu begreifen. (...) 8. Der islamische Rechtsextremismus (Islamismus) schürt Menschenverachtung, Hass und Fremdenfeindlichkeit auf einer ganz anderen Grundlage.“⁸⁸

Von acht Thesen enthalten mindestens sechs Überschneidungen mit Argumentationsmustern der extremen Rechten. Zunächst wird der Rechtsextremismus durch den Hinweis auf ähnliche Tendenzen in anderen Ländern verharmlost, sein spezifischer Gehalt vor dem Hintergrund der deutschen NS-Vergangenheit bestritten und als Form legitimer Abwehr einer angeblich übertriebenen Zuwanderung relativiert. Solche „Argumente“ finden sich, wie oben dargelegt, in sämtlichen Propagandamaterialien rechtsextremer Gruppierungen.

Weiter wird die sog. Ausländerfeindlichkeit mit pauschalisierenden Behauptungen von Regelverletzungen durch „Ausländer“ gerechtfertigt. Hier findet die ethnisierende Zuschreibung von Kriminalität ihre inhaltliche Entsprechung im Stil rassistischer Vorurteile (im rechtsextremen Jargon „andersartige, kriminelle Ausländer“). Mit der Behauptung, dass „die deutsche Bevölkerung“ dies „nicht mehr zu tolerieren bereit“ sei, erfährt die ethnisierende Zuschreibung des Stadtbeigeordneten eine Steigerung: „Ausländerfeindlichkeit“ erscheint dadurch als eine Form legitimer

„Notwehr“, was originär völkisch-rassistischen Argumentationsmustern der Rechtsextremisten entspricht.

Rechtsextreme Vorfälle im lokalen Bereich werden mit dem Hinweis relativiert, „von außen gesteuert“ zu sein. Gewalttätigkeit der rechten Skinhead-Szene erscheint als legitime Form eines Schutzverhaltens gegenüber „jugendlichen Türken“. Schließlich identifiziert man den Rechtsextremismus mit dem Islamismus. War zunächst die Gefahr des deutschen Rechtsextremismus verharmlost worden, so wird dieser nunmehr als ein von außen kommendes Phänomen charakterisiert. Auch hier ist eine Überschneidung mit rechtsextremen Denkfiguren erkennbar. Hinweise der zwei übrigen Thesen auf Defizite in der Erziehungs-, Bildungs- sowie Arbeitsmarktpolitik gehen zwar nicht auf originär rechtsextreme Argumentationsmuster zurück; derartige Hinweise tauchen allerdings auch dort regelmäßig auf, und zwar in einem nationalistischen Kontext. Damit enthält jenes Thesenpapier für eine Konferenz der Bergkamener Stadtverwaltung „gegen Rechts“, das gewiss nicht repräsentativ für solche Veranstaltungen ist, propagandistische Behauptungen und Legitimationsmuster, die eine rechtsextreme Diskursstrategie kennzeichnen.

An den genannten Beispielen politischer Diskurse und Empfehlungen im Umgang mit Zuwanderung bzw. multikultureller Realität ist eine zunehmende Ethnisierung der gegenwärtigen Debattenkultur erkennbar. Die Übernahme rechtsextremer Begrifflichkeiten und Argumentationsmuster im hegemonialen politischen Diskurs deutet auf eine gesellschaftliche Aufwertung ethnonationalistischer Denkansätze hin.⁸⁹ Zugleich vollzieht sich im politischen

Umgang mit rechtsextremen und rassistischen Phänomenen eine gefährliche Entwicklung, wenn mit dem Hinweis auf die „Gefahr von Rechts“ sowie angebliche „Belastungsgrenzen“ der deutschen Bevölkerung eine Kulturalisierung der vorherrschenden Politik auf Kosten zugewanderter Bevölkerungsteile betrieben wird.

2.3 Diskurse in etablierten Medien

In der Auseinandersetzung mit multikulturellen Erscheinungsformen im gesellschaftlichen Alltag spielen Medien eine Schlüsselrolle als Multiplikatoren für ethnische Differenzierungen und Zuschreibungen. Meist wird in den Massenmedien über die ca. 7,3 Millionen „Ausländer/innen“ unter ähnlichen Gesichtspunkten wie über das Ausland berichtet: Nachrichtenwert haben meist nur negative Meldungen, wodurch eine ethnische Differenzierung zementiert wird, die „Ausländer“ in Verbindung mit Problemzuständen bringt. Manche Journalisten schrecken auch nicht vor Bedrohungsszenarien zurück, die Zuwanderung in den bildlichen Kontext von Naturkatastrophen stellen. So erschien der *Spiegel* schon am 6. April 1992 unter der Überschrift „Asyl. Die Politiker versagen“ mit einem Titelbild, das einen endlos wirkenden Strom von dicht aneinander gedrängten, dunkelhäutigen Migrant(inn)en zeigte, die sich in Richtung Betrachter/in durch ein geöffnetes Tor drängen. Illustrationen dieser Art wecken automatisch Assoziationen an „brechende Dämme“, „Überschwemmungen“ oder „Asylantenfluten“. Mit derartigen Kollekt-

tivsymbolen werden schon bildlich Bedrohungsgefühle gegenüber Zuwanderern und Flüchtlingen geweckt.

Die angebliche Gefahr der „Fremdheit“ illustrierte der *Spiegel* am 14. April 1997 auf einem Titelbild mit bewaffneten ausländischen Jugendlichen, verschleierte Mädchen sowie einer aggressiv schreienden und die türkische Fahne schwenkenden Frau. Die dazugehörige Überschrift lautete: „Ausländer und Deutsche: Gefährlich fremd. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft“. Nicht die rassistischen Vorurteile der Einheimischen werden thematisiert, sondern die „gefährlichen Fremden“. In mehreren Artikeln präsentierte das Hamburger Nachrichtenmagazin rassistische Ansichten pauschalisierend als Folge einer angeblichen Überfremdung, beispielsweise in einem Bericht über das Leben im als „Balkan des Nordens“ bezeichneten Stadtteil Wilhelmsburg.⁹⁰ Dort berichtet der *Spiegel* von „tief verschleierten Gestalten mit Sehschlitzen“, die an den als bedrängt bezeichneten deutschen Bürgern „vorbeihuschen“, welche mit Sprüchen wie: „Ein deutsches Geschäft nach dem anderen machte zu, und sofort waren Ausländer drin, die auf ihre Clans zurückgreifen und die Lohnkosten drücken können, die Ladenschlusszeiten ignorieren und Stühle auf die Straße stellen“ zitiert werden. Schilderungen des Interviewten werden durch die eigene Berichterstattung affirmativ verstärkt: „In Stübens Gesellschaftssälen, wo Burger (der Interviewte, *Ch.B./A.H.*) mit den ausgemergelten Nachbarskindern erst einen Löffel Lebertran und dann die Köstlichkeiten der Schwedenspeisung bekam, wo er als junger Mann Maskeraden feierte und in den

Mai tanzte, da befindet sich heute der Marmara-Hochzeitssaal. Da feiern türkische Paare, die oft mit Geldscheinen behängt sind, im Kreis von vielen hundert Gästen.“ Die „Überfremdung“, so lautet das implizite Fazit einer solchen Berichterstattung, ist schon bittere Wirklichkeit in Deutschland. Zugleich wird in dem Artikel darauf hingewiesen, dass sich das Beispiel Wilhelmsburg in vielen Teilen der Bundesrepublik wiederfinden lasse.

Solche ethnisierenden Bedrohungsszenarien in etablierten Medien enthalten indirekt Aufforderungen zum Handeln gegen die Zugewanderten; rechtsextreme Gruppierungen sehen sich in diesem Kontext als selbst ernannte „Vollstrecker“ eines solchen Anliegens. „Republikaner verhindern türkisches Einkaufszentrum“, so vermeldet die Parteizeitschrift stolz den Erfolg einer rassistischen Kampagne: „In Kornwestheim wird es keinen ‚türkischen Aldi‘ geben. Weil die Republikaner die Sorgen der Bürger aufgriffen und Druck auf die Öffentlichkeit machten, scheiterte das Vorhaben eines türkischen Geschäftsmannes, mitten in der nahe Ludwigsburg gelegenen Stadt ein türkisches Einkaufszentrum zu errichten. (...) Bürger befürchteten, daß Kornwestheim mit seinem ohnehin viel zu hohen Ausländeranteil zum Magneten für kaufwillige Türken aus dem gesamten Kreisgebiet werden könnte.“⁹¹ Die rassistische Propaganda der Republikaner bewirkte mit, dass die Stadt den Kaufvertrag mit dem Investor stornierte und das Gebäude zurückkaufte. Durchaus im Einklang mit einer allgemeinen Tendenz der Migrationsberichterstattung von Massenmedien wännen sich die Rechtsextremen als Verfechter „deutscher Interessen“ gegen „die Türken“ oder andere „Ausländer“.

Der ethnisierte Diskurs etablierter Medien ist schon derart verfestigt, dass er auch Meldungen über interkulturelle Ereignisse betrifft. In Köln wurden unter Beteiligung des dortigen Oberbürgermeisters und gemeinsam mit der Partnerstadt Istanbul „Kölner Türkei-Tage“ durchgeführt, die unter dem Motto „Brücken schlagen“ dem interkulturellen Austausch dienen sollten. Gegen den Protest einer ortsansässigen „Interessengemeinschaft Neumarkt“ wegen der Nutzung „ihres Platzes“ verteidigte der Kölner Oberbürgermeister die Durchführung der Veranstaltung als Akt der Förderung für das „Zusammenleben von Türken und Deutschen in Köln“. Die größte Lokalzeitung, der *Kölner Stadt-Anzeiger*, kündigte daraufhin den Festakt als „Türkentage auf dem Neumarkt“ an.⁹² Die häufige Wiederholung des Begriffs „Kölner Türkentage“ im Bericht der Zeitung belegt, dass es sich bei dieser ethnisierten Wortverfremdung nicht bloß um einen Druckfehler handelte. So wird in der Berichterstattung aus einem Akt für interkulturellen Austausch ein Fest von Türk(inn)en – ein „Türkenfest“ eben – gemacht. Bezeichnend ist, dass eine solche sinnenstellende Verfremdung nicht für Diskussionen sorgt; sie fällt schlicht gar nicht mehr auf.

So werden die als Gefahr beschworenen „Parallelgesellschaften“ von Journalist(inn)en selbst konstruiert. Die multikulturelle Realität erfährt in medialen Diskursen eine oft genug bewusst betriebene Umdeutung zur Bedrohung für die einheimische Bevölkerung. In der hitzig geführten Debatte um eine „deutsche Leitkultur“ kam eine solche mediale Umdeutung deutlich zum Ausdruck: Mit der Schlagzeile „Lebenslüge Multikultur“ überschrieb bei-

spielsweise die konservative *Rheinische Post* einen Kommentar zum Thema, an dem sich ein solcher Umdeutungsprozess exemplarisch illustrieren lässt. „Multikultur ist eine Illusion“ heißt es da, „sogar eine nicht einmal wünschenswerte, weil Parallelgesellschaften sich herausbilden würden und ein womöglich gar blutiger Kampf um Vorherrschaft in der Gesellschaft anfangen“.⁹³ Eine real gar nicht existente homogene Kultur wird mit dem Hinweis auf die Gefahr von Parallelgesellschaften verteidigt; der faktische Prozess kultureller Dynamik und Interdependenz erfährt dagegen eine Abwehr mittels ethnisierender Bedrohungsszenarien. Um einen solchen herbeigeredeten „blutigen Kampf“ bestehen zu können, wird der fragwürdige Begriff „Leitkultur“ herangezogen: „Tatsächlich bedeutet Leitkultur vor allem: Schutz.“ Um einen solchen „Schutz“ vor multikulturellem Zusammenleben ideologisch zu rechtfertigen, wird zugleich ein Feindbild präsentiert – eine „islamistische Leitkultur etwa, die sich weit weniger menschenfreundlich geriert als die unsrige, verfassungspatriotische.“⁹⁴

Mit einem Kunstgriff sucht man den Terminus des Verfassungspatriotismus – in der öffentlichen Diskussion zunächst als Gegenbegriff zur sog. deutschen Leitkultur verwendet – für die Ethnisierung und Kulturalisierung des Diskurses um Zuwanderung und Integration zu instrumentalisieren. Die geforderte „Leitkultur“ als „Schutz“ vor „blutigen Kämpfen“ hingegen speist sich aus einem völkisch-nationalistischen Denken, das sich in ähnlicher Form in allen rechtsextremen Medien findet. Auch dort wird der „Kampf“ gegen multikulturelle Erscheinungsformen zur

„Überlebensfrage“ der Deutschen hochstilisiert. So heißt es zum Thema „Leitkultur“ in der Zeitschrift *Nation und Europa*: „Wer seine Kultur bewahren will, muß um sie kämpfen, muß Kinder in die Welt setzen und den längeren Atem haben. Die Deutschen machen da keine Ausnahme.“⁹⁵

In ihrer Frontstellung gegen die multi-kulturelle Gesellschaft stimmen rechtsextreme und Teile der etablierten Medien überein. Durch die öffentliche Intervention des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, ist diese inhaltliche Überschneidung nationalkonservativer und rechtsextremer Forderungen zum Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen geworden. Spiegel stellte auf der Berliner Kundgebung gegen Rechts am 9. November des Jahres 2000 die Frage: „Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?“⁹⁶

Hinweise auf den Kausalzusammenhang zwischen ethnisierenden und rechtsextremen Forderungen missfallen den Vertreter(inne)n einer sog. Leitkultur. Unter der Überschrift „Linke Leitkultur“ schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Die Auseinandersetzung darüber, worüber in dieser Republik gesprochen und gestritten werden darf, geht über den üblichen Machtkampf zwischen den Parteien hinaus. (...) So ist die ‚multikulturelle Gesellschaft‘ zu einem unantastbaren Leitbild geworden; wer es grundsätzlich in Frage stellt oder die ihm zugrunde liegende Achtung kultureller Einzigartigkeit auch für deutsche Traditionen und Konventionen einfordert (...), wird, wenn er Glück hat, nur als Nationalist verschrien.“⁹⁷

Inhaltlich nahezu deckungsgleich lautet

es in der Parteizeitung der REPs: „Dabei weiß keiner, was eigentlich unter ‚rechts‘ zu verstehen ist. (...) Über Nacht kann jeder jeden zum Neo-Nazi erklären. Heute noch Ankläger, morgen Angeklagter. Auch die Unionsparteien sind inzwischen von der Faschismus-Keule erreicht worden. (...) Dabei fragt man sich, wer eigentlich die Maßstäbe setzt.“⁹⁸

Aus Sicht der *Rheinischen Post* ist es die Linke, die mit der Setzung solcher Maßstäbe den Konservatismus diskreditiert. Sie wolle, so meint ein Kommentator dieser konservativen Tageszeitung, „alles, was politisch rechts von ihr Position bezieht, voran konservative Schwergewichte aus dem Lager von CDU und CSU, in den Sack mit ‚den Rechten‘ stecken. Wenn Roland Koch das individuell einklagbare Recht auf Asyl in Frage stellt und davor warnt, mit falschen politischen Tabus den rechtsradikalen Sumpf weiter zu befeuchten, hält ihm die Linke vor, er leite Wasser auf die Mühlen von Neonazis. Wenn Edmund Stoiber eine aktive Familienpolitik verlangt, weil die Deutschen zu wenig Kinder kriegen, unterstellt man ihm, er betreibe Blut- und Boden-Bevölkerungspolitik.“⁹⁹

Hier werden rassistische Kampagnen und Äußerungen mit dem Hinweis darauf gerechtfertigt, sie seien von „Konservativen“ betrieben und daher – so die Argumentationslogik – nicht „rechts“. Tatsächlich wurde die rassistische Unterschriften-Kampagne der Union zum „Doppelpass“ von Rechtsextremen begrüßt und aktiv unterstützt. Auch jene Passanten, die an den CDU-Infoständen fragten, wo sie denn „gegen Ausländer“ unterschreiben könnten, teilten diese Sichtweise. Und wenn ein Politiker wie Edmund Stoiber mit

Nazi-Vokabular vor einer „durchrassten Gesellschaft“ warnt, fördert er damit Rassismus, wiewohl er keiner rechtsextremen Partei angehört.

Politiker am rechten Rand der Union bekunden zudem offene Sympathien für eine Partei rechts von der CDU. In einem Interview mit dem „Republikaner“ meinte der ehemalige Berliner Innensenator Lummer: „Das könnte auch eine bundesweite CSU sein. Dies schließt ja nicht aus, daß sich die ‚Rechten‘ in der CDU sammeln, um ihren Einfluß zu stärken.“¹⁰⁰ Die rechtsextreme Zeitung ließ es sich bei dieser Gelegenheit nicht nehmen, auf die Publikation Lummers mit dem Titel „Deutschland soll deutsch bleiben“ hinzuweisen. Lobend wird im „Republikaner“ erwähnt, dass sich der CDU-Politiker darin für das „Recht der Deutschen auf ihr eigenes Siedlungsgebiet“ ausspricht – ein weiteres Anliegen, das Rechtsextreme und manche etablierte Politiker/innen offensichtlich teilen.¹⁰¹

Dennoch sind Rassismus und Rechtsextremismus in der medialen Wahrnehmung meist Phänomene, die „von außen“ kommen, sich scheinbar losgelöst von den vorherrschenden politischen Verhältnissen und Diskursen entwickeln oder gar – wie bei der Diskussion um Zuwanderung ersichtlich – als angeblich zwangsläufige Folgeerscheinung dieser Zuwanderung dargestellt werden. Hier offenbart sich die Konsequenz einer weitgehenden Ethnisierung sozialer Auseinandersetzungen im öffentlichen und medialen Diskurs. Ethnisierung stellt insofern eine semantische Basis für den um sich greifenden Rassismus dar, als rechtsextreme Einstellungen durch die Dominanz „nationaler Interessen“ im öffentlichen Diskurs argumentative Unterstützung erhalten.

3. FAZIT

Der völkische Nationalismus, so hat unser Blick in rechtsextreme Publikationen gezeigt, ist identitätsstiftend für den organisierten Rechtsextremismus. Migrant(innen), Flüchtlinge und ethnische Minderheiten sind das Feindbild der extremen Rechten, weil sie durch ihre bloße Existenz deren rassistischen Vorstellungen von einem „homogenen Volkskörper“ widersprechen. Die gesellschaftliche Brisanz des Rassismus in der Bundesrepublik ergibt sich jedoch aus dessen Eindringen in politisch hegemoniale Diskurse. „Ethnopluralismus“, also das Bestehen auf ethnischer Differenz und Abschottung, ist ein Kampfbegriff der sog. Neuen Rechten, welcher – hier sichtbar gemacht an politischen Ankoppelungen rechtsextremer Medien an Diskurse der „Mitte“ – vielfach Eingang gefunden hat in die alltäglichen medialen und politischen Auseinandersetzungen um Zuwanderung und multikulturelles Zusammenleben.

Das Beharren auf ethnischer „Andersartigkeit“, auf „Kulturkampf“, „Belastungsgrenzen“ und Bedrohung im Kontext von Zuwanderung ist zur beinahe selbstverständlichen Argumentationsweise in der öffentlichen Auseinandersetzung geworden. Die aufgeführten Beispiele für eine solche Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer, politischer sowie ökonomischer Prozesse belegen, dass sich dieser Prozess quer durch das etablierte politische und öffentliche Gefüge hindurchzieht. Zwar ist anhand der zitierten Stellungnahmen und Kampagnen zum Thema „Zuwanderung“ deutlich geworden, dass eine solche Entwicklung – jenseits organisch rechtsextremer Propaganda – aktuell we-

sentlich von Interventionen seitens des konservativen Lagers geprägt ist. Allerdings zeigen die aufgeführten Beispiele zugleich, dass die Ethnisierung des sozialen Lebens mit ihren propagandistischen Bedrohungsszenarien kein Spezifikum des Konservatismus ist, vielmehr vorherrschendes Merkmal der öffentlichen Meinung sowie der etablierten Politik jenseits aller politischen Lager.

Mathias Brodtkorb geht im Theorieorgan der SPD *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* noch weiter: „Solange (...) die etablierte Politik nicht die Frage stellt, welchen Beitrag sie selbst zur Zunahme der Fremdenfeindlichkeit leistet, bleibt die momentane Diskussion fadenscheinig. Es macht wenig Sinn, nur auf Stoibers ‚durchrasste Gesellschaft‘ oder Rüttgers‘ ‚Kinder statt Inder‘-Kampagne zu deuten, denn auch SPD und Gewerkschaften haben in Vergangenheit und Gegenwart ihren Beitrag dazu geleistet, dass rechtsextremes Gedankengut auf guten Nährboden trifft: Gewerkschaften konzentrieren sich seit Jahren auf nationale Standortpakete, anstatt die Herausforderungen der Globalisierung offensiv anzugehen.“¹⁰² Auch wenn man das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit nicht so kritisch bewertet wie der Zitierte, ist seiner Schlussfolgerung beizupflichten, dass es die Übernahme der (gegen ausländische Konkurrenten auf dem Weltmarkt gerichteten) Standortlogik durch den DGB und seine Einzelgewerkschaften den rechtsextremen Parteien möglicherweise erleichtert, Parolen wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“ zu verbreiten. Seiner Meinung nach liegt hier auch ein Grund dafür, dass Gewerkschafter/innen anfälliger für rechts-

extreme (Wahl-)Parolen sind als Nichtmitglieder, wie empirische Untersuchungen ergeben haben.¹⁰³ „Und auch die SPD muss sich ins Stammbuch schreiben lassen: Ressentiments in Teilen der Bevölkerung kann man nicht wirksam begegnen, indem man ihnen politisch nachgibt, sondern nur, indem man beharrlich für eine weltoffene und fortschrittliche Politik wirbt.“¹⁰⁴

Ethnisierende Zuschreibungen und standortnationalistische Positionen – das zeigen die gewählten Beispiele aus Politik und etablierten Medien – sind in die politische „Mitte“ der Gesellschaft gerückt. Daher hat der viel beschworene „Konsens der Demokraten“ gegen den grassierenden Rechtsextremismus auch eine problematische Note. Denn die dringend notwendige Abwehr von Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus kann nur wirkungsmächtig sein, sofern die Bekämpfung seiner strukturellen Ursachen nicht vernachlässigt wird. Wenn es allerdings um die eigene Mitverantwortung an exzessivem Rassismus sowie Auswüchsen rechts-extremer Militanz geht, wandelt sich der öffentlich proklamierte Antifaschismus der etablierten Politik in eine nahezu kollektive Abwehrhaltung: „Ich halte nichts von der These, dass der Extremismus aus der Mitte kommt“, bekundete etwa Innenminister Schily in einem *ZEIT*-Interview.¹⁰⁵

Die konservative Presse stützt sich auf Sozialdemokraten als Kronzeugen, wenn sie die Unionspolitik gegen den Vorwurf des Rassismus zu verteidigen sucht: „Bundesinnenminister Schily, ein Vorbild in Pragmatismus, könnte dem neu entfalteten, unerquicklichen Links-Rechts-Gezeter die Formel der Vernunft gefunden haben: ‚Richtig ist, dass wir mit der Wortwahl auf-

passen müssen. Aber es darf nicht so sein, dass selbsternannte Moralrichter die Terminologie vorgeben'.¹⁰⁶

Rechtsextremismus, so zeigen diese Erklärungen, wird als etwas „Fremdes“ – herausgelöst aus seinem politischen Kontext – begriffen. „Rechts“ oder „rechtsextrem“ sind demnach nur die „Ewiggestrigen“ oder die „gewaltbereiten Jugendlichen“, die „Skinheads“ oder Parteien wie etwa die NPD. Auf solche wahrnehmbaren oder besser – nicht mehr zu übersehenden – Erscheinungsformen reduziert sich die öffentliche und institutionelle Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Medien fixieren sich dabei meist ereignis- und sensationsorientiert auf besonders spektakuläre Vorfälle oder Gewaltverbrechen, um mittels dämonisierender Berichterstattung in entpolitisierender Form die „Abartigkeit“ und „Andersartigkeit“ der Rechtsextremisten hervorzuheben.

Reißerische Artikel, etwa über den Tod des „kleinen Joseph“ in der sächsischen Kleinstadt Sebnitz, prägten beispielsweise im Herbst des Jahres 2000 wochenlang die Medienberichterstattung, um dann nach Wandlung der polizeilichen Ermittlungsergebnisse ins Gegenteil umzuschlagen. Mit Schlagzeilen wie „Hat sie uns belogen?“ wurde die Mutter des verstorbenen Jungen plötzlich medial zum pathologischen Fall erklärt und zugleich indirekt die Frage aufgeworfen, ob es sich bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht doch um eine bloße Schimäre handle.

Eine derartige Verkürzung und Entpolitisierung der Debatte drängt die strukturel-

le Entfaltung rassistischer Haltungen und deren systematische Verbreitung im öffentlichen Alltagsleben in den Hintergrund. Zugleich werden Bedrohungsszenarien im Kontext von Zuwanderung entworfen, die Ressentiments und Abwehrhaltungen gegenüber Migrant(inn)en und Flüchtlingen erzeugen. Dabei ist es gerade die Umdeutung sozioökonomischer Krisenprozesse in ethnische Konfliktkonstellationen, welche dem Rassismus argumentativ Nahrung gibt.

Die propagandistische Negation der multikulturellen Realität verstellt den Blick auf die Frage, ob eine demokratische Gesellschaft heute überhaupt „nichtmultikulturell“ sein kann. Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus und Rassismus müssten an diese Frage anknüpfen und die Forderung nach Integration sowie Inklusion von Zuwandernden untermauern. Unter „Integration“ wird dabei die bürgerschaftliche Einbindung von Migrant(inn)en in den Nationalstaat verstanden; „Inklusion“ wiederum bedeutet ihre gleichberechtigte Einbindung in den Sozialstaat. Erst unter diesen Voraussetzungen kann man überhaupt von einer „demokratischen Zivilgesellschaft“ sprechen. Die rassistische Gewalt und rechtsextreme Organisationsmacht müssen verringert bzw. verhindert werden; erforderlich dafür ist jedoch, dass die Anknüpfung völkischer und nationalistischer Propaganda an öffentliche Diskurse unterbunden wird. Daher gehören fragwürdige Entwicklungen der „Mitte“ der Gesellschaft ins Zentrum der Diskussion.

4. LITERATUR

Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo (1999): Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit. Handreichungen für die politische Bildung, Schwalbach im Taunus

Baumann, Jochen/Dietl, Andreas/Wippermann, Wolfgang (1999): Blut oder Boden. Doppelpass, Staatsbürgerrecht und Nationsverständnis, Berlin

Bukow, Wolf-Dietrich (1990): Soziogenese ethnischer Minderheiten, in: Das Argument 181

Bukow, Wolf-Dietrich (1996): Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele, Opladen

Bukow, Wolf-Dietrich/Yildiz, Erol (1999): Der aktuelle Staatsbürgerschaftsdiskurs: mehr als neuer Wein in alten Schläuchen?, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.): Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen

Butterwegge, Christoph (1996): Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt

Butterwegge, Christoph (Hrsg.) (1997): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, Baden-Baden

Butterwegge, Christoph/Griese, Birgit/Krüger, Coerw/Meier, Lüder/Niermann, Gunther (1997): Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen

Butterwegge, Christoph (1999): Nationalismus und Rassismus – Kernideologien des Rechtsextremismus als Leitbilder für die Jugend?, in: Manfred Büttner (Hrsg.), Braune Saat in jungen Köpfen. Grundwissen und Konzepte für Unterricht und Erziehung gegen Neonazismus und Rechtsgewalt, Bd. 1: Theorie und Ideologie des Rechtsextre-

mismus und Nationalsozialismus in Geschichte und Gegenwart, Baltmannsweiler.

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Sarigöz, Fatma (Hrsg.) (1999): Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen

Butterwegge, Christoph (2000): Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt?, Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2000): „Ausländer und Asylmissbrauch“ als Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(inn)en, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen

Claussen, Detlev/Negt, Oskar/Werz, Michael (Hrsg.) (2000): Kritik des Ethnonationalismus, Hannoversche Schriften 2, Frankfurt am Main

Crement, Jean/Krebs, Felix/Speit, Andreas (1999): Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der „Neuen Rechten“ – Ein Zwischenbericht, Münster

Dietsch, Martin/Jäger, Siegfried/Schobert, Alfred (Hrsg.) (1999): Endlich ein normales Volk?, Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers, Duisburg

Dollase, Rainer/Kliche, Thomas/Moser, Helmut (Hrsg.) (1999): Politische Psychologie der Fremdenfeindlichkeit. Opfer – Täter – Mittäter, München

Eichberg, Henning (1978): Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München

- Fichte, Johann Gottlieb (1978): Reden an die deutsche Nation, Hamburg
- Frindt, Wolfgang (Hrsg.) (1999): Fremde – Freunde – Feindlichkeiten. Sozialpsychologische Untersuchungen, Opladen/Wiesbaden
- Gessenharter, Wolfgang/Fröhlich, Helmut (Hrsg.) (1998): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung des politischen Raumes?, Opladen
- Grass, Günter (1992): Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen
- Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie, Weinheim
- Hentges, Gudrun (1999): Irreale Bedrohungsszenarien und reale Politik: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der multikulturellen Gesellschaft“, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2000): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999, Düsseldorf
- Institut für Sozialforschung (Hrsg.) (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Studien zur aktuellen Entwicklung, Frankfurt am Main
- Jäger, Siegfried (1992): Brandsätze. Rassismus im Alltag, Duisburg
- Jäger, Siegfried/Kretschmer, Dirk/Kleve, Gabriele/Griese, Birgit/Jäger, Margret/Kellershohn, Helmut/Krüger, Coerw/Wichert, Frank (1998): Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg
- Junge, Barbara/Naumann, Julia/Stark, Holger (1997): Rechtsschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet, Berlin
- Kellershohn, Helmut (Hrsg.) (1994): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg
- Krebs, Felix (1999): Mit der Konservativen Revolution die kulturelle Hegemonie erobern. Das Zeitungsprojekt Junge Freiheit, in: Jean Cremet/Felix Krebs/Andreas Speit, Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der „Neuen Rechten“ – Ein Zwischenbericht, Münster
- Lynen von Berg, Heinz (2000): Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990-1994), Opladen
- Mantino, Susanne (1992): Die „Neue Rechte“ in der „Grauzone“ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Eine systematische Analyse des Phänomens „Neue Rechte“, Frankfurt am Main
- Prantl, Heribert (1994): Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Republik, München/Wien
- Schäuble, Wolfgang (1994): Und der Zukunft zugewandt, Berlin
- Söllner, Alfons (1995): Asylpolitik, Fremdenfeindlichkeit und die Krise der demokratischen Kultur in Deutschland – eine zeitgeschichtliche Analyse, in: Uwe Backes/Eckard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie 7, Baden-Baden
- Terkesedis, Mark (1995): Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte, Köln

Quellenhinweise

- 1 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996; ders., Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt?, Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, Opladen 2000, S. 13 ff.
- 2 Vgl. dazu: Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit. Handreichungen für die politische Bildung, Schwalbach im Taunus 1999; Rainer Dollase/Thomas Kliche/Helmut Moser (Hrsg.), Politische Psychologie der Fremdenfeindlichkeit. Opfer – Täter – Mittäter, München 1999; Wolfgang Frindte (Hrsg.), Fremde – Freunde – Feindlichkeiten. Sozialpsychologische Untersuchungen, Opladen/Wiesbaden 1999; Heinz Lynen von Berg, Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990-1994), Opladen 2000
- 3 Siehe Wilhelm Heitmeyer u.a., Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie, Weinheim/München 1992
- 4 Ders., Rechts kommt nicht aus dem Nichts, in: Sozial Extra 9/2000, S. 10
- 5 Vgl. Aufruf, Jugendliche sollen nicht pauschal als „Problemgruppe“ definiert werden. Eine Erklärung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: ebd., S. 26 f.
- 6 Birgit Fischer, Zur aktuellen Debatte um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, in: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 115 (2000), S. 10
- 7 Vgl. Pitt von Bebenburg, Wissenschaftler schlagen Alarm, in: Frankfurter Rundschau v. 12.8.2000
- 8 Ebd.
- 9 Gunter Hofmann, Starke Hand gesucht. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt: Autoritäre Einstellungen und Angst vor den Fremden stecken auch in den Köpfen der bürgerlichen Mitte, in: Die Zeit v. 20.12.2000, S. 7
- 10 Berndt Seite, zit. nach: Hajo Funke, Rechte Gewalt, Einstellungen in der Bevölkerung und Öffentlichkeit, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, a.a.O., S. 64
- 11 Vgl. die lobende Erwähnung in der rechtsextremen Presse, z.B.: Thomas Clement, Berlin will er stürmen, in: Junge Freiheit v. 22.1.1999
- 12 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Birgit Griesse/Coerw Krüger/Lüder Meier/Gunther Niermann, Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen 1997
- 13 Vgl. Siegfried Jäger/Dirk Kretschmer/Gabriele Kleve/Birgit Griesse/Margret Jäger/Helmut Kellershohn/Coerw Krüger/Frank Wichert, Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart, Duisburg 1998; Siegfried Jäger, Brandsätze. Rassismus im Alltag, Duisburg 1992; Jürgen Link, Kollektivsymbolik und Mediendiskurse, in: kultuRRevolution 1982
- 14 Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999, Düsseldorf 2000, S. 119 ff.; Helmut Kellershohn (Hrsg.), Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994
- 15 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus – die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten, in: ders./Rudolf Hickel/Ralf Ptak, Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin 1998, S. 121 ff.
- 16 Titelzeile in: National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung (NZ/DWZ) v. 8.10.1999
- 17 Titelzeile in: NZ/DWZ v. 29.10.1999

- 18 NZ/DWZ v. 12.11.1999
- 19 Udo Voigt, Bewegung muß Partei ergreifen, in: Deutsche Stimme 6/2000
- 20 Ebd.
- 21 Zentralorgan 6/1999 (Titel)
- 22 Die „multikulturelle Gesellschaft“. Teil IV: Menschenbilder, in: Wille und Weg 1/2000, S. 11
- 23 Vgl. dazu: Georg Lohmann, Rechtsextremismus und Menschenrechte. Exemplarische Argumentationen gegen Rechts, in: Christoph Butterwege/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, a.a.O., S. 179 ff.
- 24 Henning Eichberg, Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft, München 1978, S. 8
- 25 Ebd., S. 13
- 26 Karl Richter, Multikulti – Eine Utopie zerbricht, in: Nation und Europa 9/1993, S. 3; vgl. zur Kritik: Gudrun Hentges, Irreale Bedrohungsszenarien und reale Politik: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der multikulturellen Gesellschaft“, in: Christoph Butterwege/Gudrun Hentges/Fatma Sarigöz (Hrsg.), Medien und multikulturelle Gesellschaft, Opladen 1999, S. 29 ff.
- 27 Karl Richter, Multikulti – Eine Utopie zerbricht, a.a.O., S. 4
- 28 Vgl. exemplarisch: Aktuelles aus Multikultopia, in: Nation und Europa 10/2000, S. 36 ff.
- 29 Vgl. Helmut Kellershohn, Das Plagiat, a.a.O.; Jean Cremet/Felix Krebs/Andreas Speit, Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der „Neuen Rechten“ – Ein Zwischenbericht, Münster 1999
- 30 Verfassungsschutz NRW, Zwischenbericht 2000, http://www.verfassungsschutz.nrw.de/dokument.htm_v.1.12.2000
- 31 Michael Wiesberg, Was ist deutsch?, Die Parteien streiten um den Sinn einer Leitkultur, in: Junge Freiheit v. 27.10.2000
- 32 Claus M. Wolfschlag, Der Feind im eigenen Land, in: Junge Freiheit v. 17.11.2000
- 33 Dieter Stein, Eine demokratische Wende. Die Leitkultur-Debatte zeigt Schwächen des rot-grünen Lagers, in: Junge Freiheit v. 10.11.2000
- 34 Ebd.
- 35 Klaus Hornung, Integration, in: Junge Freiheit v. 24.11.2000
- 36 Jörg Haider, Heimat ist kein altmodischer Begriff, in: Junge Freiheit v. 24.11.2000
- 37 Dokumentation: Auszüge aus dem Arbeitspapier für die Zuwanderungs-Kommission der CDU, in: Junge Freiheit v. 10.11.2000
- 38 Heinrich Lummer, Staatsbürgerschaft zum Nulltarif, in: Junge Freiheit v. 12.2.1999. Gemeint ist Mahlers Initiierung einer „Bürgerbewegung: Für unser Land“, die der Rechtsextremist als „völkisches Embryo“ bezeichnete und mit der er gegen die doppelte Staatsbürgerschaft demonstrierte. Vgl. Mahlers Nazi-Aktivitäten, in: Antifaschistisches Info-Blatt 48/1999, S. 38 f.
- 39 Hendrik Wüst, der neue Landesvorsitzende der Jungen Union in Nordrhein-Westfalen, über die Erneuerung der Union, in: Junge Freiheit v. 1.12.2000
- 40 Ebd.
- 41 Wolfgang Zeitlmann über die rot-grünen Regierungspläne zur Einbürgerung, in: Junge Freiheit v. 22.1.1999
- 42 Vgl. Jochen Baumann/Andreas Dietl/Wolfgang Wippermann, Blut oder Boden. Doppelpass, Staatsbürgerrecht und Nationsverständnis, Berlin 1999
- 43 Johann Gottlieb Fichte, Reden an die deutsche Nation, Hamburg 1978, S. 207
- 44 Jörg Schönbohm, „Ich möchte, daß unsere innere Einheit vorangetrieben wird“, in: Junge Freiheit v. 26.3.1999
- 45 Martin Hohmann über die Unionskampagne und Roland Kochs Wahlerfolg, in: Junge Freiheit v. 12.2.1999
- 46 Vgl. Martin Dietsch/Siegfried Jäger/Alfred Schobert (Hrsg.), Endlich ein normales Volk?, Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers, Duisburg 1999
- 47 Ebd.
- 48 Siehe Friedhelm Farthmann über Zuwanderung, den Begriff „deutsche Leitkultur“ und die Zukunft der SPD, in: Junge Freiheit v. 27.10.2000

- 49 Ebd.
- 50 Dieter Stein, Langsam aber gewaltig, in: Junge Freiheit 3/1996; zit. nach: Felix Krebs, Mit der Konservativen Revolution die kulturelle Hegemonie erobern. Das Zeitungsprojekt Junge Freiheit, in: Jean Cremet u.a., Jenseits des Nationalismus, a.a.O., S. 60
- 51 Uwe Rheingans, Die Deutschen – ein sterbendes Volk, in: Nation und Europa 11-12/2000, S. 20
- 52 Siehe Einwanderung: Raum ohne Volk, in: Der Spiegel 43/2000, S. 42 ff.
- 53 Siehe Große Debatte um Zuwanderung: Sterben die Deutschen aus?, in: Express (Köln) v. 22.7.2000, S. 2; Sterben die Deutschen bald aus?, in: Express (Köln) v. 13.10.2000, S. 1
- 54 Kinder als Schicksal. Bevölkerungspolitik: Zuwanderung kann Folgen des Geburtenrückgangs nicht stoppen, in: Junge Freiheit 3/2000, S. 1
- 55 Siehe Kinder, Kinder! – Die Zahl der Deutschen fällt rapide. Noch immer fehlt eine Familienpolitik, in: Die Zeit v. 14.8.2000, S. 1
- 56 Vgl. Stoiber: 1000 Mark im Monat pro Kind. Geld in ersten drei Jahren soll Geburtenrate steigern, in: Weser-Kurier (Bremen) v. 2.1.2001, S. 1
- 57 Vgl. Kindergeld soll erhöht werden. CDU beharrt auf Familiengeld, in: Weser-Kurier (Bremen) v. 3.1.2001, S. 2
- 58 Zit. nach: Handelsblatt v. 5.10.2000
- 59 Vgl. Susanne Mantino, Die „Neue Rechte“ in der „Grauzone“ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Eine systematische Analyse des Phänomens „Neue Rechte“, Frankfurt am Main 1992; Helmut Kellershohn, Das Plagiat, a.a.O.; Barbara Junge/Julia Naumann/Holger Stark, Rechtsschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet, Berlin 1997; Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröhlich (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung des politischen Raumes?, Opladen 1998
- 60 Wolf-Dietrich Bukow, Soziogenese ethnischer Minderheiten, in: Das Argument 181 (1990), S. 425
- 61 Mark Terkessedis, Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte, Köln 1995, S. 286
- 62 Vgl. Heribert Prantl, Deutschland – leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Republik, München/Wien 1994; Alfons Söllner, Asylpolitik, Fremdenfeindlichkeit und die Krise der demokratischen Kultur in Deutschland – eine zeitgeschichtliche Analyse, in: Uwe Backes/Eckard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie 7, Baden-Baden 1995
- 63 Siehe Günter Grass, Rede vom Verlust. Über den Niedergang der politischen Kultur im geeinten Deutschland, Göttingen 1992
- 64 Wolfgang Schäuble, Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994, S. 26
- 65 Siehe Wolf-Dietrich Bukow/Erol Yıldiz, Der aktuelle Staatsbürgerschaftsdiskurs: mehr als neuer Wein in alten Schläuchen?, in: Christoph Butterwegge u.a., Medien in der multikulturellen Gesellschaft, a.a.O., S. 53
- 66 Zit. nach: CDU hält am Begriff der „Leitkultur“ fest, in: Handelsblatt v. 7.11.2000
- 67 Siehe „Republikaner“ begrüßen „deutsche Leitkultur“, in: Frankfurter Rundschau v. 20.11.2000
- 68 Streit in der Union um Zuwanderung, in: Handelsblatt v. 8.11.2000
- 69 Ebd.
- 70 CSU verabschiedet eigene Eckpunkte zum Zuzug von Ausländern, in: Handelsblatt v. 14.11.2000
- 71 Eine deutsche Leitkultur ist zur Sicherung des inneren Friedens und der Stabilität unserer Demokratie unverzichtbar, in: Der Republikaner 12/2000
- 72 Der Spiegel v. 23.11.1998 (Jenseits von Schuld und Sühne, S. 22 f.) griff das Ministerwort auf und titelte „Zu viele Ausländer? Sprengsatz für Rot-Grün“.
- 73 Renate Künast, Wir wollen Vielfalt, in: taz v. 2.11.2000
- 74 Dieter Wiefelspütz, Zuwanderung kann gesteuert werden, in: Handelsblatt v. 11.12.2000
- 75 Safter Cinar, Die Realität ist multikulturell, in: Jungle World v. 15.11.2000

- 76 Wolf-Dietrich Bukow/Erol Yildiz, Der aktuelle Staatsbürgerschaftsdiskurs, a.a.O., S. 61f.
- 77 Vgl. Nation und Europa 7-8/2000, S. 15
- 78 Vgl. Zentralorgan 5 (1/1999)
- 79 Zit. nach: Otto Köhler, Wunderbares Land, in: Konkret 11/2000
- 80 Vgl. Volker Trunk, Wenn die wehrhafte Demokratie schwächelt. Hafenecker: Kooperation von CDU und Rechtsextremen unterminiert Konsens der Demokraten, in: Frankfurter Rundschau v. 21.10.2000
- 81 Roland Koch: Unser Land ist nicht rechtsradikal, in: Bild v. 19.8.2000
- 82 Ingrid Müller-Münch, Feixende Rechtsradikale auf der Rathaustribüne, in: Frankfurter Rundschau v. 17.10.2000
- 83 Ebd.
- 84 Vgl. Ein bisschen konservativ. Die braune Szene Düsseldorfs feiert den CDU-Oberbürgermeister Erwin als Wegbereiter einer rechten Politik, in: Der Spiegel v. 20.11.2000
- 85 Ebd.
- 86 Die Erwin-Connection zu „Mitteldeutschland“, in: Düsseldorfer Stadtzeitung Terz 10/1999
- 87 Volker Klempf, Die Schlinge wird enger gezogen, in: Junge Freiheit v. 8.12.2000
- 88 „Konferenz gegen Rechts“. Beigeordneter Bernd Wenske legt Thesenpapier vor, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung v. 9.9.2000
- 89 Vgl. Detlev Claussen/Oskar Negt/Michael Werz (Hrsg.), Kritik des Ethnonationalismus. Hannoversche Schriften 2, Frankfurt am Main 2000
- 90 Ariane Barth, „Ein ungeheuer belastendes Klima“, in: Der Spiegel v. 30.10.2000
- 91 Republikaner verhindern türkisches Einkaufszentrum, in: Der Republikaner 7-8/2000
- 92 Türkentage auf dem Neumarkt, in: Kölner Stadt-Anzeiger v. 18.10.2000
- 93 Ulrich Reitz, Lebenslüge Multikultur, in: Rheinische Post v. 30.10.2000
- 94 Ebd.
- 95 Karl Richter, Deutsche Leitkultur, in: Nation und Europa 11-12/2000, S. 5 f.
- 96 Zit. nach: Hans-Joachim Noack, Harte Worte einer Frohnatur, in: Der Spiegel v. 13.11.2000
- 97 Berthold Kohler, Linke Leitkultur, in: FAZ v. 24.10.2000
- 98 Rolf Schlierer, Pogrom gegen rechts, in: Der Republikaner 9/2000
- 99 Reinhold Michels, Renaissance der Vorurteile, in: Rheinische Post v. 12.8.2000
- 100 Unsere Interessen definieren. Heinrich Lummer im Interview, in: Der Republikaner 7-8/2000
- 101 Siehe ebd.
- 102 Mathias Brodkorb, Rechtsextremismus ist kein Problem von „Randgruppen“, in: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 10/2000, S. 581 f.
- 103 Vgl. Claudia Dammann, DGB-Mitgliedschaft: keine Barriere gegen Rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotentials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 201 ff.
- 104 Mathias Brodkorb, Rechtsextremismus ist kein Problem von „Randgruppen“, a.a.O., S. 582
- 105 Stolz, stolzer, am stolzesten, in: Die Zeit v. 2.11.2000
- 106 Reinhold Michels, Renaissance der Vorurteile, in: Rheinische Post v. 12.8.2000

Impressum:

**Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migranten-
vertretungen Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)**

**Helmholtzstraße 28,
40215 Düsseldorf**

Telefon 0211/99 416-0

Fax 0211/99 41615

**e-mail: LAGA-NRW@t-online.de
www.LAGA-NRW.de**